

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6462.

Der Proletarier

Anzeigepreis: 50 Pf. für die 3 gespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von U. Brey. Druck von E. U. S. Meißner & K. o., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Das Reichsarbeitsgericht gegen Gesetz und Recht.

Von Karl Schmidt (Hannover).

Wir haben vor der Angliederung der Arbeitsrechtsstreifigkeiten an die ordentliche Gerichtsbarkeit an dieser Stelle des öfteren unsere Warnungen ausgesprochen, leider ohne Erfolg. Es zeigt sich nun immer mehr, daß die Arbeiterschaft mit den Arbeitsgerichtsbehörden gegen die früheren Gewerbe- und Kaufmannsgerichte einen sehr schlechten Tausch gemacht hat.

Der Einfluß des Reichsarbeitsgerichts macht sich, wie das vorauszu sehen war, bei den unteren Instanzen sehr unangenehm bemerkbar. Von der Mitwirkung der Laienrichter bei dem höchsten Gericht ist sehr wenig zu verspüren.

Drei Reichsarbeitsräte stehen zwei Laienbeisitzern, die in der Regel gegensätzliche Anschauungen vertreten, gegenüber. Zu dieser Feststellung kommt die weitere Tatsache, daß die früheren Entscheidungen des III. Zivilsenats beim Reichsgericht, wobei bekanntlich Laienrichter nicht mitwirkten, auch für das Reichsarbeitsgericht oftmals als Vorbild dienen.

Ein Schulbeispiel aus den zahlreichen sonderbar anmutenden Urteilen hat das Reichsarbeitsgericht erneut geliefert durch seine Entscheidung vom 11. Dezember 1929, die am 12. Februar 1930 verkündet wurde (Akt.-J. RWG. 269/29).

Das Reichsarbeitsgericht hat gemäß den gesetzlichen Bestimmungen festgestellt, daß im Falle einer ungerechtfertigten fristlosen Entlassung der Arbeitgeber sich eines Vertragsbruchs schuldig macht und der Arbeiter für die Dauer der Kündigungsfrist einen Lohnanspruch hat. Macht der Arbeiter von seinem Einspruchsrecht Gebrauch, dann steht ihm gemäß § 87 Abs. 2 WRG. entweder der Anspruch auf Weiterbeschäftigung oder auf Zahlung der Entschädigungssumme zu.

Das Reichsarbeitsgericht sagt in seiner Begründung: „Daß der Arbeitnehmer an sich die Wahl hat, ob er erst den Lohnanspruch oder erst den arbeitsrechtlichen Anspruch geltend machen will, ist bereits in der Entscheidung des Reichsgerichts anerkannt.“

Das Reichsarbeitsgericht macht sich dann aber vollständig die Entscheidung des Reichsgerichts vom 24. Juni 1922 — Akt.-J. 666/21 III — zu eigen und übernimmt u. a. folgenden Gedankengang:

„Ein stichhaltiger Grund dafür, daß ein Arbeitnehmer die Entschädigung des § 87 Abs. 2 WRG. und die ihm nach bürgerlichem Recht zukommenden Bezüge nebeneinander erhalten solle, sei nicht ersichtlich. Bei einer unrechtmäßigen fristlosen Kündigung erhalte er seine Gehaltsansprüche bis zum Ablauf der mit ihr in Lauf gesetzten regelmäßigen Kündigungsfrist fortgezahlt, sei also für einen etwaigen Nachteil entschädigt. Dafür, daß das Gesetz mit der Entschädigung dem Arbeitgeber eine Art Privatstrafe oder Buße habe auferlegen wollen, sei kein Anhalt geboten. Auf beide Ansprüche habe also der Arbeitnehmer weder rechtlich noch aus Billigkeitsgründen den Anspruch.“

Diese juristische Erkenntnis kann nur ein Reichsgerichtsrat begreifen. Die freien Arbeitsrechtler und auch die im Arbeitgeberlager stehenden — soweit nicht der eine oder der andere umgefallen ist — sind gegenteiliger Meinung. Mansfeld sagt zu dieser Frage in seinem neuen Kommentar zum Betriebsrätegesetz auf Seite 460:

„Seine entspricht die hier vertretene Auffassung der einschlägigen Meinung, so daß sich Literaturnachweise erübrigen.“

Das bisherige Recht gibt den Arbeitern und Angestellten den Anspruch auf Schadenersatz, wenn sie der Arbeitgeber ohne Einhaltung der Kündigungsfrist und ohne daß hierfür ein wichtiger Grund vorliegt, entläßt. Dieser Rechtsgrundsatz hat sich in keiner Weise geändert und besteht noch zu Recht.

Zu diesen bisherigen Rechten kommt ein neues, welches sich stützt auf die Paragraphen 84—87 WRG. Diese Bestimmungen gewähren ein Einspruchsrecht. Der Einspruch bezweckt entweder die Wiedereinstellung oder den Anspruch auf eine Entschädigung, die sich nach der Dauer der Beschäftigung und nach der Höhe des Verdienstes richtet. Damit ist an dem bisherigen Recht nichts geändert, sondern die Rechte der Arbeiter und Angestellten sind erweitert. Es ist dies ein Schutz vor Entlassungen. Erkennt das Gericht die Entlassung als unbillige Härte an und der Arbeitgeber lehnt die Weiterbeschäftigung ab, dann ist eine Entschädigung zu zahlen.

Hat nun derjenige einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung oder Entschädigung, der ordnungsgemäß entlassen wurde, so hat es auf Grund des § 84 Abs. 2 WRG. auch derjenige, der entlassen wurde, ohne daß die vereinbarte Kündigungsfrist Beachtung fand und der Unternehmer Vertragsbruch beging.

Zwei Ansprüche bestehen nebeneinander. Sie sind auch in zwei verschiedenen Rechtszügen zu verfolgen. Der Anspruch auf Zahlung des Lohnes für die nicht beachtete Kündigungsfrist erfolgt im ordentlichen Urteilsverfahren. Je nach Höhe der Forderung und der Lage des Falles kann der Streit durch drei Instanzen geführt werden.

Bei dem Einspruchsverfahren sind ganz bestimmte Fristen zu beachten. Der Rechtsstreit endet aber gemäß § 72 WRG. mit der Entscheidung des Landesarbeitsgerichts.

In dem Verfahren auf Schadenersatz wegen Nichtbeachtung der Kündigungsfrist sind lediglich die vertraglichen und rechtlichen Gründe zu würdigen. Beim Einspruchsverfahren ist zu prüfen, ob die Entlassung eine unbillige Härte darstellt oder nicht.

Diese einfachen und unzweideutigen Rechtsgrundsätze erkennt das Reichsgericht und auch das Reichsarbeitsgericht an. Es wird aber verneint, daß trotz der nebeneinander bestehenden Ansprüche beide Ansprüche geltend gemacht werden können. Es soll also ein Wahlrecht für die eine oder die andere Forderung bestehen. Einmal behauptet man, das sei rechtlich, und das andere Mal, es sei nicht billig, daß der Arbeiter in dieser Weise seine Ansprüche doppelt geltend mache.

Billigkeitsgründe können es wirklich nicht sein. Man könnte eher sagen, für den Arbeitgeber war es „billiger“ so, wie das Reichsgericht unter dem 24. Juni 1922 entschieden hat. Es ergibt das wenigstens der Tatbestand. Einem Angestellten wurde eine Entschädigung von 2400 Mk. gewährt, weil der Unternehmer die Weiterbeschäftigung ablehnte. Es wurde festgestellt, daß Gründe zur fristlosen Entlassung nicht vorlagen. Deshalb wurden 5800 Mk. für Gehalt und Provision als Schadenersatz beansprucht.

Das Reichsgericht führt in seinem Urteil vom 24. Juni 1922 darüber aus: „... Einer Hervorhebung, daß die Entscheidung im Schlichtungsverfahren zwischen den Beteiligten „Recht schafft“, hätte es für diese Gruppe von Fällen kaum bedurft; jedenfalls bleibt auffallend, daß das Gesetz sich, wie in den Gedanken zum Ausdruck zu bringen, so nachdrückliche Worte bedient, die einen deutlichen Anknüpfungspunkt an die Wirkungen enthalten, welche die Rechtswissenschaft dem rechtskräftigen Urteil des Zivilprozesses einräumt.“

Nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen bliebe ihm unbenommen, selbst dann noch nachträglich das Gericht anzugehen und dort seine weitergehenden Ansprüche zu verfolgen. Es scheint jedoch offenbar, daß das Betriebsrätegesetz mit den bezeichneten Schlussworten des § 87 Abs. 2, daß die Entscheidung im Schlichtungsverfahren unter den Beteiligten „Recht schafft“, eben diese Folgerung abschneiden wollte, daß es bestimmen wollte, der Arbeitnehmer, der die Entscheidung im Schlichtungsverfahren herbeigeführt hat, müsse sich damit nun auch wegen seiner etwaigen zivilrechtlichen Ansprüche für abgefunden erachten. Gerade um diese ungewöhnliche rechtsgefaltende Kraft zu kennzeichnen, sind die Worte, die Entscheidung „schafft Recht“, besonders geeignet.“

Dieses „schafft Recht“ hat dennoch bei der Urteilsfindung des Reichsgerichts eine bedeutende Rolle gespielt. Durch den § 112 Ziffer 8 WRG. ist der § 87 WRG. geändert. Das „schafft Recht“ ist beseitigt. Damit fallen die Gründe des Reichsgerichts zusammen. Trotz dieser veränderten Rechtslage hält aber das Reichsarbeitsgericht an der Entscheidung fest und führt dazu zur Begründung aus:

„Nun hat das vorgenannte Urteil des Reichsgerichts allerdings auf den früheren Satz 5 besonderen Wert gelegt, aber nicht etwa in dem Sinne, daß es seine Entscheidung auf ihm aufgebaut, sondern aus ihm nur eine Bestätigung seiner aus dem Gesetz selbst entnommenen Ansicht gefunden hat. Es muß also auch bei der heutigen Fassung dabei verbleiben, daß das Gesetz einer ungerechtfertigten fristlosen Kündigung durch die Beurteilung zur Weiterbeschäftigung die Wirkung absprechen will, daß es sie aber gleichwohl als wirksam und das Vertragsverhältnis auflösend anerkennt, wenn der Arbeitgeber an Stelle der Weiterbeschäftigung die Zahlung der Entschädigung wählt. Danach kommt auch dem Gesetz in der heutigen Fassung rechtsgefaltende Kraft zu. Durch die unrichtige fristlose Kündigung wird das Vertragsverhältnis aufgelöst, und für zivilrechtliche Ansprüche auf der Grundlage der unberechtigten fristlosen Kündigung bleibt kein Raum mehr. Dazu kommt, daß jetzt ebenso wie früher widersprechende Entscheidungen vermieden werden sollen und müssen, die entgegen der Annahme der Revision auch bei der heutigen Ordnung der Zuständigkeit keinesfalls als ausgeschlossen gelten könnten.“

Diese unverständlichen Ausführungen können nicht davon überzeugen, daß das Reichsarbeitsgericht mit seinen aufgestellten Grundätzen das Richtige trifft. Das Reichsgericht sagt, der Wortlaut des Gesetzes ist von Bedeutung, und folgert daraus die ganz ungeheuerliche Wirkung, daß damit die allgemeinen Rechtsgrundsätze aufgehoben werden.

Jetzt, wo nun die Worte „schafft Recht“ gestrichen sind, kommt das Reichsarbeitsgericht herbei und erklärt, daß diese Worte für die Rechtsfindung überhaupt keine ausschlaggebende Bedeutung haben. Man kommt dabei fast zu der Überzeugung, daß logische Überlegung nicht in Frage kommt.

Die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts führt in einigen Linien dazu, die neuzeitliche Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag abzuschwächen oder — wie die vorstehenden Ausführungen beweisen — zu beseitigen. Solange das Gesetz noch die Grundlage der Rechtsprechung bildet, muß das Gesetz beachtet werden. Bisher haben wir auch noch nie wahrgenommen, daß das Reichsarbeitsgericht erklärt, das Gesetz gewähre zwar den Arbeitern keinen Rechtsanspruch, aber aus Billigkeitsgründen müsse man die Forderungen anerkennen. Die geübte Freirechtsprechung hat bisher nur günstige Auswirkungen für die Arbeitgeber gezeitigt; die Arbeiter können deshalb vorerst mit dieser Methode nicht zufrieden sein.

Die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts führt in einigen Linien dazu, die neuzeitliche Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag abzuschwächen oder — wie die vorstehenden Ausführungen beweisen — zu beseitigen. Solange das Gesetz noch die Grundlage der Rechtsprechung bildet, muß das Gesetz beachtet werden. Bisher haben wir auch noch nie wahrgenommen, daß das Reichsarbeitsgericht erklärt, das Gesetz gewähre zwar den Arbeitern keinen Rechtsanspruch, aber aus Billigkeitsgründen müsse man die Forderungen anerkennen. Die geübte Freirechtsprechung hat bisher nur günstige Auswirkungen für die Arbeitgeber gezeitigt; die Arbeiter können deshalb vorerst mit dieser Methode nicht zufrieden sein.

Die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts führt in einigen Linien dazu, die neuzeitliche Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag abzuschwächen oder — wie die vorstehenden Ausführungen beweisen — zu beseitigen. Solange das Gesetz noch die Grundlage der Rechtsprechung bildet, muß das Gesetz beachtet werden. Bisher haben wir auch noch nie wahrgenommen, daß das Reichsarbeitsgericht erklärt, das Gesetz gewähre zwar den Arbeitern keinen Rechtsanspruch, aber aus Billigkeitsgründen müsse man die Forderungen anerkennen. Die geübte Freirechtsprechung hat bisher nur günstige Auswirkungen für die Arbeitgeber gezeitigt; die Arbeiter können deshalb vorerst mit dieser Methode nicht zufrieden sein.

Die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts führt in einigen Linien dazu, die neuzeitliche Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag abzuschwächen oder — wie die vorstehenden Ausführungen beweisen — zu beseitigen. Solange das Gesetz noch die Grundlage der Rechtsprechung bildet, muß das Gesetz beachtet werden. Bisher haben wir auch noch nie wahrgenommen, daß das Reichsarbeitsgericht erklärt, das Gesetz gewähre zwar den Arbeitern keinen Rechtsanspruch, aber aus Billigkeitsgründen müsse man die Forderungen anerkennen. Die geübte Freirechtsprechung hat bisher nur günstige Auswirkungen für die Arbeitgeber gezeitigt; die Arbeiter können deshalb vorerst mit dieser Methode nicht zufrieden sein.

Das Reichsgericht führt in seinem Urteil vom 24. Juni 1922 darüber aus:

„... Einer Hervorhebung, daß die Entscheidung im Schlichtungsverfahren zwischen den Beteiligten „Recht schafft“, hätte es für diese Gruppe von Fällen kaum bedurft; jedenfalls bleibt auffallend, daß das Gesetz sich, wie in den Gedanken zum Ausdruck zu bringen, so nachdrückliche Worte bedient, die einen deutlichen Anknüpfungspunkt an die Wirkungen enthalten, welche die Rechtswissenschaft dem rechtskräftigen Urteil des Zivilprozesses einräumt.“

Nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen bliebe ihm unbenommen, selbst dann noch nachträglich das Gericht anzugehen und dort seine weitergehenden Ansprüche zu verfolgen. Es scheint jedoch offenbar, daß das Betriebsrätegesetz mit den bezeichneten Schlussworten des § 87 Abs. 2, daß die Entscheidung im Schlichtungsverfahren unter den Beteiligten „Recht schafft“, eben diese Folgerung abschneiden wollte, daß es bestimmen wollte, der Arbeitnehmer, der die Entscheidung im Schlichtungsverfahren herbeigeführt hat, müsse sich damit nun auch wegen seiner etwaigen zivilrechtlichen Ansprüche für abgefunden erachten. Gerade um diese ungewöhnliche rechtsgefaltende Kraft zu kennzeichnen, sind die Worte, die Entscheidung „schafft Recht“, besonders geeignet.“

Dieses „schafft Recht“ hat dennoch bei der Urteilsfindung des Reichsgerichts eine bedeutende Rolle gespielt. Durch den § 112 Ziffer 8 WRG. ist der § 87 WRG. geändert. Das „schafft Recht“ ist beseitigt. Damit fallen die Gründe des Reichsgerichts zusammen. Trotz dieser veränderten Rechtslage hält aber das Reichsarbeitsgericht an der Entscheidung fest und führt dazu zur Begründung aus:

„Nun hat das vorgenannte Urteil des Reichsgerichts allerdings auf den früheren Satz 5 besonderen Wert gelegt, aber nicht etwa in dem Sinne, daß es seine Entscheidung auf ihm aufgebaut, sondern aus ihm nur eine Bestätigung seiner aus dem Gesetz selbst entnommenen Ansicht gefunden hat. Es muß also auch bei der heutigen Fassung dabei verbleiben, daß das Gesetz einer ungerechtfertigten fristlosen Kündigung durch die Beurteilung zur Weiterbeschäftigung die Wirkung absprechen will, daß es sie aber gleichwohl als wirksam und das Vertragsverhältnis auflösend anerkennt, wenn der Arbeitgeber an Stelle der Weiterbeschäftigung die Zahlung der Entschädigung wählt. Danach kommt auch dem Gesetz in der heutigen Fassung rechtsgefaltende Kraft zu. Durch die unrichtige fristlose Kündigung wird das Vertragsverhältnis aufgelöst, und für zivilrechtliche Ansprüche auf der Grundlage der unberechtigten fristlosen Kündigung bleibt kein Raum mehr. Dazu kommt, daß jetzt ebenso wie früher widersprechende Entscheidungen vermieden werden sollen und müssen, die entgegen der Annahme der Revision auch bei der heutigen Ordnung der Zuständigkeit keinesfalls als ausgeschlossen gelten könnten.“

Diese unverständlichen Ausführungen können nicht davon überzeugen, daß das Reichsarbeitsgericht mit seinen aufgestellten Grundätzen das Richtige trifft. Das Reichsgericht sagt, der Wortlaut des Gesetzes ist von Bedeutung, und folgert daraus die ganz ungeheuerliche Wirkung, daß damit die allgemeinen Rechtsgrundsätze aufgehoben werden.

Jetzt, wo nun die Worte „schafft Recht“ gestrichen sind, kommt das Reichsarbeitsgericht herbei und erklärt, daß diese Worte für die Rechtsfindung überhaupt keine ausschlaggebende Bedeutung haben. Man kommt dabei fast zu der Überzeugung, daß logische Überlegung nicht in Frage kommt.

Die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts führt in einigen Linien dazu, die neuzeitliche Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag abzuschwächen oder — wie die vorstehenden Ausführungen beweisen — zu beseitigen. Solange das Gesetz noch die Grundlage der Rechtsprechung bildet, muß das Gesetz beachtet werden. Bisher haben wir auch noch nie wahrgenommen, daß das Reichsarbeitsgericht erklärt, das Gesetz gewähre zwar den Arbeitern keinen Rechtsanspruch, aber aus Billigkeitsgründen müsse man die Forderungen anerkennen. Die geübte Freirechtsprechung hat bisher nur günstige Auswirkungen für die Arbeitgeber gezeitigt; die Arbeiter können deshalb vorerst mit dieser Methode nicht zufrieden sein.

Kapitalflucht aus Irrtum.

Unter dieser Überschrift brachte die „Frankfurter Zeitung“ Nr. 136 vom 2. März 1930 die nachfolgende Zuschrift:

An die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“.

In Ihrem heutigen Leitartikel „Die Wirtschaft braucht geordnete Finanzen“ führen Sie Gründe für die jetzt wieder beginnende Kapitalflucht an, welche mir nicht die richtigen, zum mindesten aber nicht die hauptsächlichsten zu sein scheinen. Der wahre Grund für die wieder einsetzende Kapitalflucht dürfte in den Bestrebungen zu finden sein, welche ihren Ausdruck in den Schlagworten „Notopfer“ und „Zwangsanleihe“ finden. Das sind vom Standpunkt des Kapital-Besitzenden betrachtet gefährliche, able Worte, denn sie sind in dessen Augen synonym mit Kapitalverlust, und jeder Kapital-Besitzende wird weit lieber die härtesten Steuern, die aus Zinsen und Ertrag zu entrichten sind, auf sich nehmen als solch drohenden Kapitalverlust. Zwangsanleihe und Notopfer bedeuten ihm den Beginn einer Konkussion, von der er am Ende nicht weiß, wie weit sie gehen mag, und so flüchtet er seine Gelder ins Ausland. Wäge dann kommen, was da wolle. Das ist schlimm und vielleicht sehr unklug, aber von seinem Standpunkt begreiflich.

Frankfurt, 28. Februar.

Schachungswoll

O. Renna u.

Die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ schrieb zu dieser Einwendung:

„Dieser Brief, dem wir zur Aufklärung gern Raum geben, ist ein typisches Beispiel dafür, welches Unheil Mißverständnisse anrichten können. Von Zwangsanleihe ist ja jetzt in Wirklichkeit

dem, was bisher darüber bekannt geworden ist (Endgültiges steht ja noch nicht fest), als ein Zuschlag zur Einkommensteuer ausschließlich auf die Festbesoldeten, die Beamten und die in der Privatwirtschaft Tätigen erstrecken, soweit ihre Einkommen eine gewisse Mindestgrenze überschreiten. Die Kapitalbesitzer werden also nach diesen Plänen davon überhaupt nicht erfaßt. Nicht einmal von „Steuern aus Zinsen und Ertrag“ und ganz gewiß nicht mit einem „drohenden Kapitalverlust“. Unbegreiflich wäre es darum, wenn sie aus einem solchen Notopfer ganz anderer Schichten einen Anlaß zur Kapitalflucht entnähmen.

Es ist noch nicht allzulange her, da war jeder Sozialdemokrat, der für Völkervereinigung eintrat, und jeder Gewerkschafter, der mehr Lohn und seine persönliche Freiheit forderte, ein „vaterlandsloser Geselle“. Der geklügelte Wilhelm hat selbst diesen Ausspruch sich zu eigen gemacht. Damals haben andere Majoritäten im Parlament darüber entschieden als heute, wer zahlen soll. Die zahlen konnten, aber sich entlasteten, waren allein national und echt deutsch. Und heute? Wenn dieselben Leute, die zahlen können, dem Vaterlande helfen sollen, dann steht die Kapitalflucht ein. Zahlen ist für die Kapitalbesitzenden einfach unerträglich.

Allerdings würden wir es für eine geradezu empörende Ungerechtigkeit halten, wenn nur die Festbesoldeten, aber nicht die Kapitalbesitzer zu einem Notopfer zahlen sollten. So etwas kann man sich überhaupt nicht vorstellen. Die Kapitalbildungspsychose wirkt sich bald zur Gemeingefahr und zur Vaterlandslosigkeit aus. Man staunt über die Kaltblütigkeit der Kapitalbesitzer, mit der sie ihre Unerfäßlichkeit öffentlich propagieren. Aus diesen Tatsachen ersieht man heute schon: Je mehr der Konzentrationsprozeß der Industrie und der Banken fortschreitet, je mehr Macht sich dadurch in den Händen einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von Kapitalbesitzern ansammelt, desto leichter gelingt es diesen Gruppen, dem Staate seine Handlungen zu diktieren. Und wenn der Staat, der auch, ja sogar zunächst, die Interessen der übrigen nicht mit Glücksgütern gesegneten Staatsbürger wahrnehmen muß, sich dem Diktat der Kapitalbesitzer nicht fügt, werden sie Wirtschaft und Staat erschüttern, bis zur Gefahr des Zusammenbruchs. Wer denkt nicht an die Zeichnungsabotage der unter dem Finanzminister Hilferding aufgelegten 300-Millionen-Mark-Anleihe? Wer denkt nicht an den Sturz der kaum gebildeten Regierung Herriot in Frankreich durch eine Bankengruppe?

Nur aus der Gesamtproduktion kann der Staat seine Mittel holen. Wenn aber jene, in deren Händen sich der überschüssige Betrag der Arbeitenden befindet, dem Staate die Mittel verweigern, die er braucht, dann muß allmählich die große Zahl, die über große Majorität der Staatsangehörigen, erkennen, von woher dem Staate Gefahren drohen. Und dann muß das politische Denken dieser Volksmehrheit in andere Bahnen einklinken als bisher. Selbstverständlich muß auch diese geistige Entwicklung ihre Auswirkungen haben, die nur auf wirtschaftlichem Gebiete liegen können. Es wird immer klarer, daß das sogenannte kapitalistische Privateigentum Sozialgut ist und auch wirklich sein soll und muß.

„Wie werde ich Kapitalist?“

So ist ein Artikel überschrieben, den wir im „Industrie-Schau“, dem offiziellen Organ des Deutschen Industrie-Schauverbandes, Nr. 197, fanden. Zur Erweiterung unserer Mitglieder lassen wir den Hauptteil des Artikels hier folgen:

Wenn Sie einmal nur ein paar Jahre lang tüchtig sparen, dann ist ein Betrag, der den Grundstock für ein großes Kapital legen kann, rasch zurückgelegt. Es wird Ihnen sicher nicht schwer fallen, auf so manchen kleinen Gewinn zu verzichten und sich dafür wöchentlich nur etwa 3 Mk. zurückzulegen. Das brauchen Sie nur knapp sechs Jahre so fortzusetzen und Ihre Ersparnisse jeweils einer Bank oder einer Sparkasse anzuvertrauen, um rasch ein kleiner Kapitalist zu werden und über ein Vermögen von etwa 1000 Mk. zu verfügen. Diese 1000 Mk. nun auf ein Sparkonto angelegt und die Zinsen immer zum Kapital geschlagen, verzeichnen sich mit einer Geschwindigkeit, die Sie gewiß kaum ahnen können. Ihr Vermögen wächst nämlich schon

nach 5 Jahren auf	1 489 Mk.
10 „ „	2 190 „
20 „ „	4 799 „
30 „ „	10 515 „
40 „ „	23 032 „
50 „ „	50 466 „
60 „ „	110 477 „

Sie haben also als alter Mann dann ein Vermögen zur Verfügung, das Ihnen einen vollkommen sorgenfreien Lebensabend und danach auch Ihren Kindern und Kindeskindern eine gehobene Stellung in der Welt ermöglicht und das hundertjährige Leben dessen beträgt, was Sie ohne besondere Entbehrungen ehehin in bloß sechs Jahren sich ersparen konnten. Bei vorzeitigen Ableben treten die Kinder in die obige Zahlenstaffel ein, so daß die Früchte Ihres Sparens unverkürzt Ihren Kindern im Endergebnis zugute kommen. So werden Sie Kapitalist!

Nun wissen wir es! Nur 3 Mk. wöchentlich gespart, und nach 60 Jahren hat da mehr als 100 000 Mk. Ganz einfach, wenn man's kann. Aber man kann es eben nicht. Dafür sorgen schon die „hohen“ Löhne, die die Kollegen des Artikel-schreibers zahlen. Man könnte sich wundern über die Naivität, mit der solche Artikel in der Hoffnung auf den guten Glauben der Arbeiterschaft in die Welt geschickt werden, wenn die Absicht dabei nicht allzu deutlich würde. Keine Sozialversicherung, keine Gewerkschaften mehr nötig, nur wöchentlich 3 Mk. auf die Kasse gelegt und alle Sorgen sind verschwunden. Verwundert fragt man sich, wo denn der Artikel-schreiber in den letzten Jahrzehnten gewesen ist, daß er gar nichts von Rationalisierung und Technisierung weiß, nichts davon gesehen hat, wie seine Sparmaßnahme Tausende und aber Tausende von Arbeitern entlassen, auch wenn die Arbeiter noch nicht 100 000 Mk. gespart haben, wie es doch jedem nach Meinung des Artikel-schreibers möglich ist. Der Artikel ist so wackerlich naiv, daß es sich nicht lohnt, ernsthaft sich noch länger mit ihm zu beschäftigen. Nur zwei Fragen noch: Wenn der Arbeiter in einem Alter von 20 Jahren mit dem Sparen beginnt, müßte er 86 Jahre alt werden, um 100 000 Mk. zu sparen. Wieviel Arbeiter erreichen dies Alter bei dem heutigen scharfen Arbeitstempo? Weiß der Verfasser nicht, daß 40-jährige Arbeiter schon „zu alt“ sind?

Diese Verhöhnung der deutschen Arbeiterschaft schließt sich würdig den neuesten Aufwachen mancher „Wirtschaftsführer“ an. Und noch etwas: Dieser Artikel „Wie werde ich Kapitalist“ wird auch von der „Gesellschaft zur Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse“ (an-gerechnet „volkswirtschaftlicher Kenntnisse“) als „Fingerring“ bezeichnet.

Stimmen aus den Kreisen unserer Verbandsfunktionäre über den Verbandsfilm „Aufstieg“.

Kollege Kerstan, Leiter der Bezirkszahlstelle Kottbus-Sentenberg, schreibt am 18. Februar 1930 über unseren Film „Aufstieg“, den sie in 17 örtlichen Filmveranstaltungen vorgeführt haben, die von insgesamt 4500 Personen besucht waren, u. a.:

... Der Film hat in allen Orten einen durchschlagenden Erfolg erzielt. Wenn auch nicht unmittelbar daran anschließend Neuaufnahmen gemacht werden konnten, so ist dies aber doch der Auftakt für eine rege Werbetätigkeit. Es kommt noch hinzu, daß die Frauen unserer Kollegen sowie auch die Kolleginnen selbst durch den Film mit dem Organisationsgedanken viel besser vertraut gemacht worden sind, als durch einen Vortrag. In Hand der Bilder ist eben ein derartig intensiver Anschauungsunterricht erteilt worden, daß auch der größte Skeptiker feststellen mußte: Durch die Gewerkschaftsarbeit sind wir doch ein großes Stück vorwärtsgekommen. Auch die jüngeren Kollegen, welche sehr oft ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen, haben jetzt an Hand des Films gesehen, daß das Arbeiterdasein früher noch viel härter war. In der Zeit, als wir in unserer Bezirkszahlstelle die Filmveranstaltungen durchführten, waren diese das Tagesgespräch. In einem großen Teil der Orte haben sich auch viele der uns nahestehenden Lehrer usw. den Film mit angesehen und gerade aus diesen Kreisen ist erklärt worden, daß der Film außerordentlich geschickt inszeniert worden ist. Es wurde dabei hervorgehoben, daß durch diesen Film eine sehr geschickte Agitation für die Organisation geleistet wird.

Alles in allem kann gesagt werden, daß der Film den Organisationsgedanken in unserer Bezirkszahlstelle gefestigt und gekräftigt hat.

Carlsecker Vogel (Königsberg i. Pr.) schreibt, daß der Film bei den Vorführungen in der Provinz Ostpreußen großen Beifall gefunden habe. In einer Ortsgruppe von circa 60 Mitgliedern, fast ausschließlich Wanderziegler, waren circa 250 Personen bei der Vorführung anwesend. Die Ziegler haben ihm erklärt: Jetzt wissen wir erst richtig, was der Verband für uns bedeutet.

Hilfsarbeiter für die Rechtsputschisten.

Wenn die Kommunisten die Autorität des Weimarer Staates zerstören: die nationalaktiven Kräfte können sich das ruhig gefallen lassen; hinter der kommunistischen Stunde bricht ihr Tag an!

(Der Nationalsozialist Ernst Nikisch im „Widerstand“, Nr. 2 von 1930.)

Kollege Räger, Leiter der Zahlstelle Seib in Bayern, schreibt am 24. Februar 1930:

Am Dienstag, dem 18. Februar, ging im Lichtspielhaus Seib unser Verbandsfilm „Aufstieg“ über die Leinwand. Schon eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellung wurde das Theater polizeilich geschloffen. Der tausend Personen fassende Saal war überfüllt, Hunderte mußten zurückgewiesen werden. Die Verwaltung sah sich gezwungen, den Film am Mittwoch, dem 19. Februar, nochmals laufen zu lassen; auch an diesem Abend mußte der Saal eine Viertelstunde vor Anfang polizeilich geschlossen werden. Außer unseren Kollegen und Kolleginnen waren Vertreter der Stadt, Ärzte, Lehrer, sogar ein Rechtsanwalt und Arbeitsgerichtspräsident anwesend. ... An die Unorganisierten haben wir Aufnahmevermerkungen verteilt. ... Der Film ist gegenwärtig das Tagesgespräch in den Betrieben.

Besonders großen Beifall fand die Filmszene, wo die Unorganisierten zum Unternehmer kommen und um Arbeit bitten, aber abgewiesen werden, weiter der Kanonengang zum Wohlfahrtsamt.

Im Gau Hannover großer Erfolg der Filmveranstaltungen. „Der Film „Aufstieg“ wurde in der Stadt Hannover neunmal vorgeführt. Circa 11 000 Personen haben hier den Film gesehen. Bei jeder Vorführung löste der Film große Begeisterung für die gewerkschaftliche Aufbauarbeit des Fabrikarbeiter-Verbandes aus.

Mit großem Erfolg wurde der Film in Hildesheim, in Detmold, in Oker am Harz und noch in einer Reihe kleinerer Orte vorgeführt.

Ein Verbandsfunktionär aus Detmold schreibt an den „Keramischen Bund“:

Ein wirksamer Erfolg für die Agitation des Keramischen Bundes (Verband der Fabrikarbeiter) ist der Verbandsfilm „Aufstieg“. Wer die Vorführung gesehen hat, muß es zugeben. In Detmold (Tippe), wo der Film bei der Landeskonferenz der lippsischen Ziegler vorgeführt wurde, brachten ihm die Konferenzteilnehmer starken Beifall entgegen. Es ist ein erster Mahnruf für uns, was uns in den Bildern gezeigt wurde; mit anderen Worten gesagt: Arbeiter, vergeßt das „Schlavenjoch“ von früher nicht! Denkt an die Alten, die unter dem Sozialistengesetz gelitten haben! Holt alle Fernstehenden heran, in den Keramischen Bund, in die moderne Arbeiterbewegung! Es würde zu begrüßen sein, wenn der Film in allen Ortsgruppen Tippes vorgeführt würde.

Internationale Arbeiterbewegung.

Erfolgreiche Lohnbewegung unseres englischen Bundesverbandes.

Unter den englischen Industrien, in denen sich der wirtschaftliche Tiefstand zur Dauerkrise herausgearbeitet hat, steht die der Stahlwerke mit an erster Stelle. Besonders die ungelerten Arbeiter haben unter diesem Tiefstand schwer zu leiden. Können sich die hochqualifizierten Arbeiter durch hohe Akkorde immer wieder helfen, so ist das den in Zeitlohn stehenden ungelerten Arbeitern ver sagt. Das Akkorde-system zeitigt in England die schlimmsten Answüche. Gelang es auch den Gewerkschaften, in fünf- und zwanzigjährigem Kampfe manche Verbesserungen durchzusetzen, so gibt es doch noch gar viele zu verarbeitende Einrichtungen auf diesem Gebiete. Besonders schlimm ist es in dieser Hinsicht in der Metallindustrie am Clyde in Schottland. Waren es doch gerade Answüche dieser Art, wie das Kolonnen-system und andere ausgefuchste Einrichtungen, die im Kriege die „revolutionären Betriebsräte“ ins Leben riefen, die aber durch übertriebenen Radikalismus, wie gewöhnlich, die praktische Arbeit ver-gessen und schließlich auch zugrunde gingen, ohne daß es die offizielle Gewerksbewegung — wie in Deutschland — ver-fand, den guten Kern der Sache herauszufühlen, zu erhalten

und zu entwickeln. Gerade der deutsche Fabrikarbeiterverband hat auf diesem wie auf vielen andern Gebieten Vorbildliches geleistet, was besonders im Augenblick, wo wir das zehn-jährige Bestehen des Betriebsrätegesetzes feiern, hervor-gehoben werden muß. Unsere Betriebsräte sind nicht nur Pioniere zur Bereitung des Bodens für praktische Wirt-schaftsdemokratie, sie sind ein starkes Mittel im Betrieb zur Stählung des Selbstbewußtseins der Arbeiter. Auch hier merkt man, wie verschiedenartig sich doch die Dinge entwickeln können. In England gab es bereits Shopstewards (Betriebs-vertrauensleute) zu einer Zeit, als man in Deutschland von solchen Einrichtungen noch gar nicht reden durfte, da hier der Herr-im-eigenen-Hause-Standpunkt Trumpf war. Heute ist das Betriebsrätewesen in Deutschland gesetzlich verankert, der Betriebsrat gehört zu den verfassungsmäßigen Stüt-zipunkten der deutschen Republik. In England bleibt die Shopstewardsbewegung im Anfangsstadium stecken, vor einem Fortschreiten ist nur wenig zu merken.

Fast in der gesamten Metallindustrie halten die gelerten Arbeiter krampfhaft an der gut bezahlten Akkordearbeit fest, zwingen jedoch nach wie vor die ungelerten, in Zeitlohn zu arbeiten. Vom radikalsten Kommunisten bis zum zahmsten Nur-Gewerkschafter alter Schule besteht hier mit den Kapital-listen eine unheilvolle „Arbeitsgemeinschaft“. Nur so ist es erklärlich, daß die gelerten Metallarbeiter mit den seit 1921 bestehenden Zeitlöhnen von 1 Mark bei 47stündiger Arbeits-zeit ohne Streik zufrieden sind. Befragt doch der tarifliche Akkordeüberschuß der Qualifizierten 25 v. H. Freilich sind die wirklichen Überschüsse viel höher, sie variieren zwischen 50 und 100 v. H.

Anders liegen die Verhältnisse für die Ungelernten, die, wie gesagt, alle ohne Ausnahme in Zeitlohn arbeiten und zwischen 90 und 75 Pf., auch weniger, pro Stunde verdienen. Am schlimmsten ist es in den Stahlschmelzereien, die seit Jahren wirtschaftlich daniederliegen und wo die Löhne durch gleitende Lohnskala geregelt werden. Betrugen doch die Wochenlöhne schon vor drei Jahren 38 Mark, sie waren Ende des Jahres auf 32,80 Mk. gesunken.

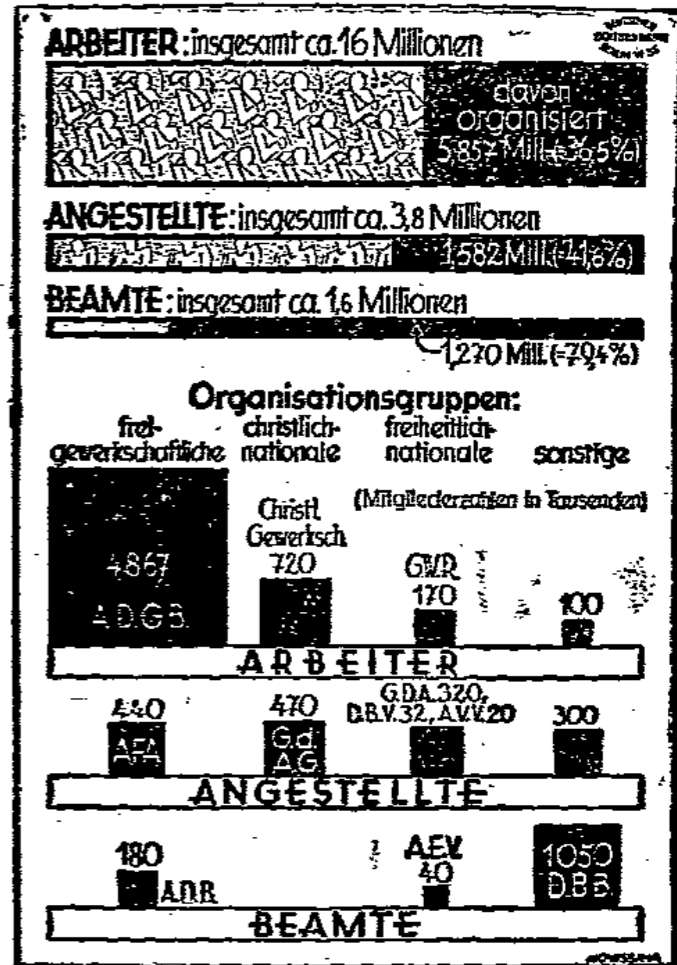
Die überaus große Mehrzahl der Ungelernten zählt zu den Mitgliedern unserer englischen Bruderorganisation. Schon seit zwei Jahren versucht sie ohne Erfolg in der Schiffbauindustrie das Akkorde-system auf die ungelerten Arbeiter auszudehnen; die erschreckende Spanne zwischen den Löhnen gelernter und ungelerner Arbeiter ist eben auch vom sittlichen Standpunkt aus betrachtet verwerflich.

Nun ist es unserem Kollegen Will Thorne, General-sekretär der Fabrikarbeiter, gelungen, eine Verbesserung der Lage der Ungelernten in den Stahlschmelzereien zu erreichen. Die Aufbesserung war möglich, weil die Lohnhöhe bestimmter hochqualifizierter Kategorien gekürzt wurde. Diese Verein-barung bringt gleichzeitig bedeutende Verbesserungen der gesamten Arbeitsbedingungen. Durch Einführung einer Art Betriebsrätewesens können fortan die Lohnverhältnisse jedes einzelnen Arbeiters überprüft und unbillige Härten verhindert werden. Könnte das wirklich nicht schon früher geschehen? Ist zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung eine Einigung nicht zu erzielen, dann obliegt die Entscheidung dem Zentralauschuß, bestehend aus Vertretern der Arbeiter und Unternehmer.

In den Verhandlungen befaßte man sich auch eingehend mit dem Problem der Rationalisierung, die zur Belegung der Industrie herangezogen wurde und weitere Fortschritte macht. Grundfänglich herrschte auch Einverständnis darüber, daß die Rationalisierung nicht aufzuhalten ist. Steht doch England mit seinen rückständigen Methoden heute an vierter Stelle der wichtigsten stahlproduzierenden Länder. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß bei der bis jetzt schon durch-gesführten Rationalisierung viel weniger Arbeiter überflüssig wurden als man ursprünglich annahm. Ob das auch beim weiteren Fortschreiten so bleibt? Oder sollte das englische Unternehmertum wirklich humaner sein als das deutsche? Auch das wäre möglich, aber die deutsche „Amerikanisierung“ war und ist auch heute noch teilweise recht rücksichtslos. B. Weingarh.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Zahl und Organisationsverhältnis der Arbeiter, Angestellten und Beamten.



Kommunistische Schwächer.

Gewiß, zur Fastnachtszeit ist Narrenfreiheit. Aber des-halb hat auch ein Kommunist noch nicht die Freiheit, die Welt zu belügen. Mit einer Selbstverständlichkeit und Frechheit sondergleichen schwindelt das Kommunistenorgan Hannovers,

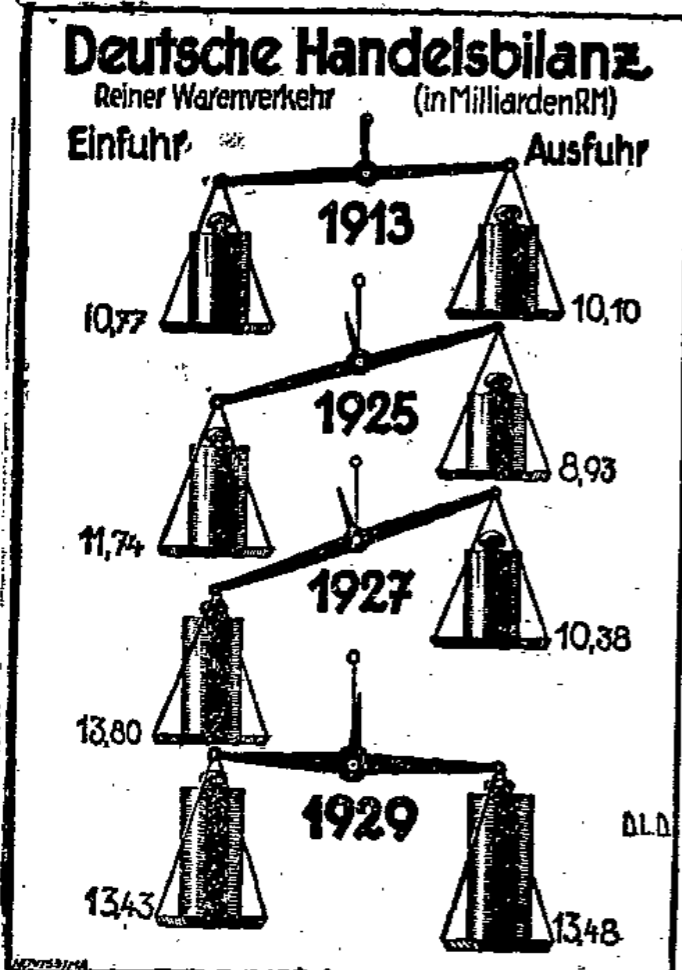
die „Neue Arbeiter-Zeitung“ („Naz.“) in der Nr. 52 vom 2. März ihren Lesern vor, der Hinterwäldler Prüll (welch geistreiche Bemerkung) habe in der Nr. 47 des „Volkswillens“ (Organ der Soz. Partei Hannovers) sich mit der KPD. auseinandergesetzt.

Keine Zeile davon hat Prüll geschrieben. Daß er den Inhalt der Abwehr im „Volkswillen“ gut heißt, weil er den Taffachen entspricht, ändert daran auch nichts. Es soll nur die Unterfrohheit festgestellt werden, mit der in der kommunistischen Presse nach der Lehre des Meisters die Wahrheit zum Krüppel geschlagen wird. Ohne die Spur eines Beweises wird drauflos behauptet. Mangels anderer Eigenschaften der leitenden Personen in der KPD. ist das allerdings begrifflich.

Daß die KPD. sich ärgert, wenn der Fabrikarbeiterverband sich ein Haus kauft, ist erklärlich in einer Zeit, in der die KPD. ihre Klamotten verkaufen muß.

Mag die Redaktion der hannoverschen Kommunisten-Zeitung versuchen, ihren Befähigungsnachweis zu erbringen und ihre Position bei ihren Spitzen zu festigen suchen mit unfauberen Mitteln, dem Redakteur Prüll wird das nicht schaden.

Wirtschaftliches.



Die deutsche Handelsbilanz.

Für das ganze Jahr 1929 schließt der deutsche Außenhandel mit einem Ausfuhrüberschuß von 47,6 Millionen RM. im reinen Warenverkehr des Spezialhandels ab. Damit ist zum ersten Male seit der Inflation unsere Handelsbilanz wieder aktiv. Die Ausfuhrzahl entspricht genau der Summe der monatlich veröffentlichten Zahlen. Nachprüfungen des Statistischen Reichsamts, die durch die Reform der Handelsstatistik erleichtert wurden, haben ergeben, daß die Anmeldenden in die Grenzwerte für die Ausfuhr einführscheinberechtigter landwirtschaftlicher Erzeugnisse vielfach den Wert des Einfuhrscheins einbezogen haben. Daher war eine Korrektur notwendig. In die oben genannte Ziffer sind die Reparationsnachlieferungen einbezogen. Die Sachlieferungen betragen im letzten Jahre für Reparationen 800 Millionen RM. gegen 1660 bzw. 578 Millionen RM. in den beiden Vorjahren. 1928 betrug das Defizit (also die Mehrereinfuhr) der Warenhandelsbilanz noch 1,20 Milliarden. 1927 gar 2,85 Milliarden. Selbst unter Außerachtlassung der Reparationserporte zeigt die Mehreinfuhr mit nur 750 Millionen RM gegen rund 1860 Millionen im vorhergehenden Jahre nicht mehr die erschreckende Höhe wie bisher.

Kundschau.

Bücher gratis! Vorwärts!

Kann man sich vorstellen, daß es jemand in Deutschland gibt, der Bücher verachtet, jahraus, jahrein, und der dennoch jährlich 200 000 Mk. dabei verdient? Jeder wird sich sagen: „Das ist natürlich großer Schwundel, auf den nur die hereinfallen, die nicht alle werden.“ — Bei 200 000 Mk. Reinverdienst trotz „Gratis“-abgabe der Bücher müssen aber sehr, sehr viele hereingefallen sein. Diese Tatsache beweist jedoch, daß noch große Massen der Bevölkerung nach billigen Büchern hungern, daß ein dringendes Bedürfnis dafür vorhanden ist.

Der Fall lag so: In Anzeigen wurden ganze Bücherreihen, z. B. Schillers Werke, gratis angeboten; auf Anfrage wurde eine Bezugskarte übersandt, auf der für die gebundene, sog. Prachttausgabe erworben wurde; man brauchte nur die Einbanddecke zu bezahlen, deren Preis war aber so hoch kalkuliert, daß 200 000 Mk. Reinverdienst jährlich dabei gemacht werden konnten. Der reguläre Buchhandel wehrte sich gegen diesen unläuteren Wettbewerb, fiel aber durch Urteil vom 29. Juli 1928 mit der Klage ab. Der Kampf ruhte indessen nicht und ist nunmehr durch Reichsgerichtsurteil vom 10. Januar 1930 gegen die beklagte Firma entschieden, indem ihr untersagt wurde, Anzeigen, Kundenscheine oder Gratiskarten, wie sie bisher getan, zu verbreiten oder zu verwenden. In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß die Firma den Käufern Gratiskarten fälschlich vorpiegelte, und daß ihre Angaben bewußt unrichtig sind. Es handle sich nicht um eine Gratiskarte, denn bei den „Einbandvergütungen“ bleibe ein solch hoher Verdienst, daß nicht nur die ganzen Kosten und Spesen der sog. Gratiskarte und der Prachttausgabe gedeckt werden, sondern daß auch noch auf jeden der beiden Teilhaber, wie sie nicht bestritten haben, jährlich rund 100 000 Mk. entfallen.

Dieser Fall lehrt uns, daß die sog. billigen Bücher durchaus nicht so billig sind wie sie scheinen, daß sie aber einen großen Nutzen für die Verleger abwerfen, die das Publikum durch die geschuldeten Nachschaffungen täuschen. Das ist auch in gewissem Sinne der Fall bei den bürgerlichen „Vergemeinschaftungen“, deren Gebilde eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist, die aus wenigen geschäftsfähigen Leuten besteht, die den Gewinn, der nicht gering ist, in ihre Taschen stecken. Ganz anders handeln die proletarischen Vergemeinschaftungen, der Bücherkreis und die Büchergilde Gutenberg, die die erzielten Gewinne den Mitgliedern durch gute Buchausstattung wieder zugute kommen lassen. Versammlungen und Tagungen gewählter Delegierter bestimmen zum Beispiel in der Büchergilde Gutenberg über die wichtigen Angelegenheiten und über den Preis der Bücher. Hier sind wirklich billige und dabei sehr gute Bücher, und kein Werkstätter hat nötig, auf oberflächliche Bücherangebote hereinzufallen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Gronau-Alfeld. Am 23. Februar 1930 tagte in Gronau die Jahresgeneralversammlung der Bezirkszahlstelle. Anwesend waren 39 Delegierte und 7 Mitglieder der Ortsverwaltung. Zu Beginn ehrte die Versammlung das Andenken des vor einigen Tagen verstorbenen Kollegen aus Limmer. Der Geschäftsführer, Koll. Klemm, wies im Geschäftsbericht auf die Wirtschaftslage hin und hob die Auseinandersetzungen auf sozialpolitischem Gebiete hervor, bei denen die Angriffe auf die Sozialpolitik abgewehrt werden konnten. Auch im Zahlstellengebiet Alfeld-Gronau war die Wirtschaftslage trübe. In einer Reihe von Betrieben mußte Kurzarbeit eingeführt werden. Am schlechtesten wirkte sich die Wirtschaftslage in der chemischen Industrie aus. Die Sanatogenfabrik in Gronau, die in den letzten Jahren guten Geschäftsgang gehabt hatte, arbeitete seit dem Sommer schon verkürzt, und auch Arbeiterentlassungen sind vorgenommen worden. Dabei hat sich die Werksleitung nicht immer von sozialen Gesichtspunkten leiten lassen. Ebenso schlecht stand es in der Ziegellindustrie. Erst sehr spät wurde die Produktion aufgenommen und bedeutend früher als sonst beendet. Trotz der trüben Wirtschaftslage gelang es der Organisation, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die durchschnittliche Lohnhöhe betrug für 2034 Beschäftigte rund 3781 Mk. in der Woche.

Die durch die Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes getroffene Sonderregelung für berufsunfähige Arbeitslosigkeit konnte für eine Reihe von Betrieben abgewehrt werden. Sonst aber brachten die Änderungen des Gesetzes besonders im letzten Quartal eine Fülle von Streikigkeiten und damit eine Mehrarbeit in der Geschäftsstelle. Die Agitation hatte naturgemäß unter den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu leiden.

Der Kassenbericht spiegelt das Leben und die Entwicklung der Organisation wider. Die Hauptkasse bilanzierte mit 78 092,10 Mk. Ausgegeben wurden an Arbeitslose 6392,10 Mk., an Kranke 8134,15 Mk., an anderen Unterführungen 951,50 Mk., insgesamt wurden verausgabt aus Mitteln der Hauptkasse 15 477,75 Mk., gleich 20,73 Prozent der Einnahmen aus ordentlichen Beiträgen. Der Bestand der Lokalkasse hat sich von 5455,03 Mk. auf 10 345,83 Mark, also um 4890,80 Mk. erhöht.

Eine Diskussion über den Geschäfts- und Kassenbericht fand nicht statt. Dem Geschäftsführer wurde Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde die engere Verwaltung wiedergewählt. Für die erweiterte Ortsverwaltung wurde an Stelle des Kollegen Ostmann (Marienhagen) der Kollege Bodenstein gewählt. Die anderen Mitglieder wurden wiedergewählt.

Zum Schluß wies der Kollege Klemm darauf hin, daß die Zahlstelle Gronau in den Februartagen dieses Jahres auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken könne.

Sozialistischer Aufbau ist notwendig.

Will man den Kapitalismus aufheben, muß man einen Organismus schaffen, der imstande ist, ebenso gut, ja noch besser zu funktionieren. Das ist nicht so einfach, das erfordert eine Reihe von Vorbedingungen materieller und physischer Art; eine hohe Entwicklung kapitalistischer Organisation nicht nur der Produktion, sondern auch des Absatzes und der Rohstoffzufuhr, erfordert aber auch ein Proletariat, das sich seiner Pflichten nicht nur gegen seine nächsten Genossen, sondern gegen die gesamte Gesellschaft bewußt ist, das die Gewohnheiten freiwilliger Disziplin und der Selbstverwaltung durch langjähriges Wirken in Massenorganisationen erlangt, das endlich intelligent genug ist, das Mögliche vom Unmöglichen zu unterscheiden.

Karl Kautsky.

Frankfurt am Main. Kampf in den Frankfurter

Alf-Beckwerken. Diese Firma hat in Frankfurt a. M. zwei Betriebe. Seit dem 10. Februar d. J. steht die Arbeiterchaft dieser Betriebe im Abwehrkampf. Die Gründe sind folgende:

Im Jahre 1927 trat die Firma als freiwilliges Mitglied dem Arbeitgeberverband für chemische Industrie bei und am 31. Dezember 1929 trat sie wieder aus diesem Verbande aus. Die Firma hat von jeher versucht, die tariflichen Bestimmungen zu verschlechtern. Vorwiegend konnte sie sich nicht an die Bestimmungen des Chemietarifcs halten, trotzdem sie, wie bereits gesagt, freiwillig sich diesem Tarif untergeordnet hatte. Die Möglichkeit, daß auch während der Laufdauer eines abgeschlossenen Lohnvertrages Anträge auf Fach- und Schmutzzulagen gestellt werden können, hat jedenfalls den Grund gegeben, aus dem Arbeitgeberverband für chemische Industrie auszutreten. Im Laufe der letzten zwei Jahre wurden für verschiedene Arbeiten derartige Zulagen festgelegt. Jedesmal mußten sämtliche Instanzen, die in dem Chemietarif vorgesehen sind, in Anspruch genommen werden. Die Firma hat sogar gegen diese festgelegten Schiedssprüche beim Arbeitsgericht Klage erhoben und auch erreicht, daß die Schiedssprüche wegen Formfehler aufgehoben wurden. Die Arbeiter waren dadurch gezwungen, über ein halbes Jahr lang zu warten, bis sie in den Genuß der zugesagten Zulagen kamen.

Im Herbst 1929 waren erneut Anträge auf Zulagen gestellt, die genau denselben Weg laufen mußten. Klagen am Arbeitsgericht waren aus diesen und auch aus anderen Gründen nötig. Am 7. Februar d. J. hat die Firma durch Anschlag das Arbeitsverhältnis sämtlicher Arbeiterinnen und Arbeiter gekündigt, mit dem ausgesprochenen Zwecke, sämtliche Zulagen in Wegfall zu bringen. Die Arbeiterchaft hat diese Kündigung angenommen, weil sie nicht gewillt war, unter verschlechterten Arbeitsbedingungen weiterzuarbeiten. In der zweiten Woche des Kampfes verhängte die Firma Briefe an einen Teil Streikenden mit der Aufforderung, die Arbeit am Montag, dem 24. Februar d. J., aufzunehmen. Die Betriebsratsmitglieder beider Werke haben bis auf je eines keine Aufforderung erhalten. Auch von der übrigen Belegschaft war zirka ein Drittel davon ausgeschlossen; selbstverständlich jene, die im Laufe der letzten Jahre als Antragsteller für Zulagen der Firma bekannt waren. Die Arbeiterchaft hat diesen Aufforderungen im allgemeinen keine Folge geleistet. Im Werk Bornheim, in dem durchweg 70 Personen beschäftigt waren, darunter 55 Frauen, haben zirka 12 Leute sich zur Aufnahme der Arbeit verweigert lassen. Diese Zahl ist inzwischen noch durch Neueinstellungen gestiegen, so daß seit 3. März zirka 25 Leute im Betrieb sind, allerdings zum größten Teil keine Fachkräfte. Die Firma wird mit diesen Leuten den Betrieb aufrechterhalten können. Im Werk Niederrad, wo zirka 50 Arbeiter und 15 Arbeiterinnen beschäftigt waren, haben auch sechs Leute die Arbeit aufgenommen, sind aber in derselben Woche wieder aus dem Betriebe herausgegangen, so daß gegenwärtig niemand mehr in dem Betriebe arbeitet. Die Firma versucht durch Annoncen in den bürgerlichen Blättern hinaus in die kleinsten Landorte Arbeitskräfte zu bekommen. Sei der riesigen Zahl von Erwerbslosen war es begrifflich, daß sich sehr viele Leute zur Arbeit melden, aber als sie hörten, daß gestreikt wird, die Arbeit nicht aufgenommen haben. Interessant ist dabei festzustellen, daß die Firma den Arbeitssuchenden im Durchschnitt 12—15 Pf. pro Stunde weniger angeboten hat, als im Tarif steht. Diejenigen, die im Werk Bornheim die Arbeit aufgenommen haben, mußten Arbeitsbedingungen unterschreiben, die weit schlechter sind, als sie vorher bestanden haben. Hier zeigt sich der deutliche Wille der Firma, die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Der Kampf ist deshalb wichtig, weil das Vorgehen der Firma, wenn es glücken sollte, jedenfalls Schule machen wird. Aus diesem Grunde sollen diese

Zellen dazu beitragen, die Verhältnisse und die Gründe des Streiks klarzulegen und die Arbeitswilligen von Frankfurt a. M. fern-zubehalten.

Fürth i. B. Am 23. Februar d. J. fand die Jahresversammlung der Bezirkszahlstelle Fürth statt. Zum erstenmal war sie aus den gewählten Delegierten zusammengesetzt. Alle Anwesenden waren erfreut, endlich wieder einmal einer Versammlung beizuwohnen, in der sachliche Arbeit geleistet wurde.

Der Geschäftsbericht begegnete keiner Kritik wie früher, trotzdem doch auch die sogenannte „rote Opposition“ vertreten war. Allerdings fehlten diesmal die Maßkrugrevolutionäre; sie sind nicht als Delegierte gewählt worden. Wir schließen daraus, daß man die Leistungen der Organisation voll anerkannt hat.

Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß wir trotz des schweren wirtschaftlichen Niedergangs unsere Mitgliederzahl nicht nur gehalten, sondern noch um 58 gesteigert haben. Sämtliche Flugblätter, „Roten Glasarbeiter“ und Versammlungen der kommunistischen Opposition haben das nicht verhindern können.

Im Gegenteil; es muß gesagt werden, daß gerade durch diese beispiellose Schmutz- und Verleumdungsflut die Arbeiterchaft ihre echten und ihre falschen Freunde unterscheiden lernt.

Am 31. Dezember 1929 hatten wir 1275 arbeitslose Mitglieder, davon zählten 802 zur Glasindustrie und 473 zu den anderen Industrien.

Die Verhältnisse in der Fürther Spiegelglasindustrie sind keine krisenhaften mehr zu nennen. Was sich hier bemerkbar macht, ist eine Katastrophe. Die Hauptursache war die technische Rückständigkeit in der bayerischen Rohglaszeugung. Bei allen anderen Industrien ist es die allgemeine Absatzkrise. 75 Prozent der noch in Arbeit stehenden Mitglieder arbeiten 36 Stunden.

Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse bilanzieren mit 190 378,27 Mk. An Unterführungen wurden gezahlt: für Arbeitslose 34 608,30 Mk., für Kranke 33 650,50 Mk., für Sterbefälle 4087 Mk. — Die Lokalkasse schließt mit 106 870,15 Mk. Einnahmen und Ausgaben ab. Der Bestand beträgt 38 978,36 Mk. An außerordentlichen Unterführungen wurden 11 844,10 Mk. ausgezahlt. Das sind ganz respektable Leistungen.

Die alte Ortsverwaltung wurde mit 138 gegen 5 Stimmen per Akklamation wiedergewählt.

Die Versammlung beschloß, daß die 25jährige Gründungsfester der Fabrikarbeiter und die 40jährige der Glasarbeiter im kommenden Jahre unter Ehrung der Mitglieder, die bis zum 31. Dezember 1905 die Mitgliedschaft erwarben, stattfinden soll. Dazu kommen noch jene Kollegen, welche 40 Jahre Mitglieder sind. Alle Kolleginnen und Kollegen, die schon einmal im Jahre 1925 geehrt wurden, kommen dabei nicht in Frage. Die Vorarbeiten zum Fest wurden einer Kommission übertragen.

Im Schlußwort betonte der Vorsitzende besonders die Tatsache, daß der Geschäftsbericht einstimmig gutgeheißen wurde. Die Aufforderung an die Opposition zur sachlichen Mitarbeit wurde beigestimmt aufgenommen.

Hamburg. Der Niedergang der Wirtschaftskontunktur in den für unsern Verband am Orte zuständigen Industriezweigen trat insbesondere dadurch in Erscheinung, daß sich die Zahl der arbeitslosen Mitglieder ständig erhöhte. 2348 Mitglieder meldeten sich im Laufe des Jahres arbeitslos, von denen 2183 Mitglieder für 44 261 Tage insgesamt 58 001 Mk. Unterführung erhielten. Das ist gegenüber dem Jahre 1928 ein Mehr von 27 001 Tagen und von 21 684,80 Mk.

Der flauere Beschäftigungsgrad in den zuständigen Betrieben verursachte naturgemäß auch eine starke Fluktuation in der Mitgliedschaft. Trotzdem konnten noch 3984 Neuaufnahmen vollzogen werden.

Von diesen Neuaufnahmen konnten jedoch nur 640 Mitglieder dem Verbands erhalten bleiben. Die buchmäßige Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 11 459.

Die sogenannte Opposition hat im verfloffenen Jahre innerhalb unseres Verbandsgebietes nicht an Boden gewonnen. Selbst in den Betrieben, die von der Opposition ganz besonders mit ihren Felleisungen bearbeitet wurden, ist ihr Stern trotz aller Verdröhnungskünste und beispielloser Beschimpfung der Gewerkschaften im Sinken begriffen.

Die Gewinnung der Jugend für den Verband und ihre Bildung für die Gewerkschaftsarbeit ist auch in diesem Berichtsjahre mit größter Sorgfalt betrieben worden. Unser Bestreben muß darauf gerichtet sein, alle jugendlichen Fabrikarbeiter in den Verband aufzunehmen.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß auf Beschluß der Verwaltung der Verbandschule in Wemlingen 3000 Mk. überwiesen worden sind. Zu den Kursen an dieser Schule meldete sich im Laufe des Jahres nur ein Kollege.

Die Zahl der Betriebsräte ist auch in diesem Jahre gestiegen. Die Bemühungen der sogenannten Oppositionsrichtung, mit Hilfe der Unorganisierten ihre Stellung in den Betrieben zu befestigen, ist ihnen mit Ausnahme von einzelnen Fällen nicht geglückt. Insgesamt sind im Vergleich zum Jahre 1928 103 Betriebsratsmitglieder mehr gewählt. Die Zahl der männlichen stieg um 114, die Zahl der weiblichen ging bedauerlicherweise um 11 zurück.

Das Organisationsverhältnis der Betriebsratsmitglieder hat ebenfalls eine Steigerung gegenüber 1928 aufzuweisen. Allerdings ist die Zahl der Unorganisierten um 58 gestiegen. Diese Steigerung ist vornehmlich darauf zurückzuführen, daß wo Betriebsräte bestanden, die Angestellten zum überwiegenden Teil unorganisiert sind.

Die Tätigkeit der Verbandsangestellten vor den Arbeitsgerichten war sehr umfangreich. Insgesamt wurden 88 Klagen anhängig gemacht, die in 157 Terminen ihre Erledigung fanden. Mit Erfolg fanden 43 Klagen ihren Abschluß; 32 Klagen endigten mit einem Teilerfolg oder durch Vergleich, 11 Klagen verliefen resultatlos.

Im verfloffenen Jahre wurden von uns 27 Angriffsbewegungen in 233 Betrieben mit 22 594 Beschäftigten einschließlich der Handwerker, Heizer, Maschinisten und des Fuhrpersonals durchgeführt. Unter den Beschäftigten befanden sich 8793 Arbeiterinnen.

Von den Beschäftigten gehörten 11 339 an unserem Verbands als Mitglieder an. 3159 waren in anderen Verbänden organisiert.

Die erreichten Lohnsteigerungen für Arbeiter schwankten zwischen 1 1/2 und 10 Pf., für Arbeiterinnen zwischen 1 und 7 Pf. pro Stunde.

Außerdem wurden für 2010 Beschäftigte Verbesserungen der Zuschläge für Überstunden von 10 bis 12 1/2 Prozent sowie für 524 Beschäftigte ein Zuschlag von 5 Prozent für Nachtarbeit erreicht. Durch die Lohnabkommen und Tarife wurden ferner erreicht für 322 Beteiligte Verbesserungen der Akkorde und Prämien von 3 bis 15 Prozent, Leistungszulagen, Schmutzgelde und sonstige geldliche Zuschläge für 199 Beteiligte, sowie für 1022 Beteiligte soziale Vergünstigungen und Urlaubsverbesserungen.

Die Streiks konnten nach kurzer Dauer mit Erfolg zum Abschluß gebracht werden.

In zwei Industriegruppen mit 10 Betrieben und 637 Beschäftigten, darunter 35 Arbeiterinnen, kam es zum Streik. Für 7939 Streiktage wurden an Streikunterstützung 19 519,85 Mk. gezahlt. Die Einnahmen der Zahlstelle haben sich trotz der schwankenden Mitgliederzahl günstig entwickelt. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug insgesamt 612 997,60 Mk., im Jahre 1928 508 543,40 Mk.; mithin ein Mehr von 104 454,20 Mk. Die Lokalkasse bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 236 704,86 Mk.

Der Bericht legt Zeugnis ab von den vielseitigen Aufgaben und von der Fülle der Arbeit, die geleistet worden ist. Wenn auch alle unsere Erwartungen nicht voll erfüllt sind, so sind wir doch auf allen Gebieten vorwärtsgeschritten.

An der Jahreswende trat in einer Reihe von Betrieben Arbeitsmangel stark in Erscheinung. Da heißt es für alle Mitglieder, auf dem Posten zu sein und an dem Ausbau der Organisation weiterzuarbeiten. Nur so besteht die Möglichkeit, die von den Scharfmachern angekündigten Verschlechterungen der sozialen Gesetzgebung und den Lohnabbau abzuwehren und den Bemühungen der Organisationszuspitzer entgegenzuwirken. Deshalb auf zu neuen Arbeit!

Ludwigshafen a. Rh. Am Sonntag, dem 16. Februar 1930, fand unsere Generalversammlung statt.

Kollege Derringer gedachte der im Berichtsjahr verstorbenen 24 Mitglieder. Der gedruckte vorliegende Geschäftsbericht wurde vom Kollegen Derringer erläutert.

Das Wirtschaftsjahr 1929 brachte gegenüber dem Vorjahre ein starkes Nachlassen der Konjunktur. Die Wirtschaftskrise, von der wir im Industriebezirk Ludwigshafen a. Rh., insbesondere in den für uns zuständigen Industrien, bis zu Beginn des Jahres 1929 ziemlich verschont blieben, setzte von diesem Zeitpunkt an sehr scharf ein. Sprunghaft vermehrte sich im 4. Quartal die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter.

Zu Beginn des Jahres 1929 waren in den für uns zuständigen Industrien 23 299 Beschäftigte festgestellt. Ende des Jahres 19 370, also eine Verminderung um 3929 oder um 16,86 Prozent. Hiervon entfielen allein auf die Chemie 3537, und von diesen wiederum 3158 auf die I.-O. Farbenindustrie, u. v. Von diesen Abbaumassnahmen wurden die Handwerker am meisten betroffen. Die Handwerker, Hilfsarbeiter, Heizer und Maschinenisten haben um 2155 oder 25,37 Prozent, die Fabrikationsarbeiter um 1321 oder 10,39 Prozent, die Arbeiterinnen um 61 oder 13,50 Prozent in der Chemie abgenommen. Am Gesamtabbau sind die Handwerker mit 60,93 Prozent, die Angelernten mit 37,25 Prozent und die Arbeiterinnen mit 1,72 Prozent beteiligt.

Die Zahlstelle hatte Ende des 4. Quartals 510 erwerbslose Mitglieder und 510 Kurzarbeiter. Die Zahlen haben sich im neuen Jahre noch bedeutend erhöht.

Die Massenentlassungen erfolgten angeblich wegen Mangels an Aufträgen; ganz und in allen Betrieben kann dies nicht der richtige Grund gewesen sein.

Insbesondere nicht bei der I.-O. Farbenindustrie, u. v. Hat diese doch der Öffentlichkeit unterbreitet, daß im laufenden Jahre die Chemiekonjunktur in Deutschland nichts von ihrer bisherigen Kraft eingebüßt, sondern sich im Gegenteil noch verstärkt hat usw.

Die Papierindustrie war gut beschäftigt. Nicht minder die Zuckerindustrie.

Der Geschäftsgang in der Ziegelindustrie ließ zu wünschen übrig. Der harte lange Winter von 1929/30 und die geringe Bauaktivität sowie die Finanzpolitik des Herrn Schacht sorgten dafür, daß die nicht beneidenswerten Ziegelerbeiter in vielen Fällen nicht einmal 26 Wochen Beschäftigungszeit nachweisen konnten.

Bei den übrigen gemischten Betrieben war der Geschäftsgang besser, wenn auch nicht immer befriedigend.

Alle bestehenden Lohnverträge sind im Berichtsjahr teils von den Unternehmern, teils von uns gekündigt worden. Sonderbarerweise wurden in den Industrien, wo die Löhne am niedrigsten waren, die Verträge von den Arbeitgebern gekündigt. Zum Beispiel in der Zuckerindustrie war der Lohn des 21-jährigen Fabrikarbeiters gegenüber dem in der Chemie um 8 Pf. die Stunde zurück, und ausgerechnet diese Industrie kündigt mit zur Zeit den Vertrag. Alle anderen Industrien befolgten die Parole der Arbeitgeberverbände und forderten, daß die bestehenden Verträge auf 1 bzw. auf 2 Jahre verlängert werden. Die Zuckerindustrie forderte außerdem eine „angemessene“ Lohnherabsetzung. Bei dieser Einstellung der Arbeitgeber ist es verständlich, daß durch freie Vereinbarungen die Lohnfragen nicht geregelt werden konnten. Wenn trotzdem Lohn-erhöhungen bis zu 5 Pf. erreicht wurden, so ist dies nur der organisierten Arbeiterschaft zu verdanken.

Der Arbeitgeberverband der Ziegelindustrie hat den Bezirksvertrag zum 31. März des Jahres 1930 schon wieder gekündigt und hat der Gewerkschaft mitgeteilt, daß die pfälzische Ziegelindustrie auf Grund der schlechten Wirtschaftslage, die den Mitgliedsfirmen überlassen muß, mit den Arbeitern Vereinbarungen zu treffen. Das Jahr 1930 wird also ein Kampfsjahr werden.

Im Berichtsjahr wurden vor den Arbeitsgerichten 62 Klagen für 54 Mitglieder geführt. Insgesamt konnte eine Entschädigung von 8367,75 Mk. erreicht werden.

Die Erfolge der Agitation waren nicht befriedigend. Es wurden insgesamt 1011 Kennennahmen gemacht, hauptsächlich durch Hausagitation.

Da die Fluktuation ziemlich groß war, sind nur 180 Zugänge zu verzeichnen, im Vergleich mit 400. Den Funktionären, die im Berichtsjahre ihre Kraft zur Verfügung stellten, spricht Kollege Derringer seinen Dank aus und wünscht, daß alle Kolleginnen und Kollegen auch in Zukunft ihre Kraft zur Verfügung stellen.

Die Einnahmen der Hauptkasse, die im Vorjahre 141 875,60 Mark betragen, konnten im Berichtsjahr auf 187 970,92 Mk. gesteigert werden. Die Ausgaben der Hauptkasse stiegen von 89 104,06 Mark im Vorjahr auf 114 557,03 Mk.

An Krankenerstattung allein wurden 30 478,70 Mk., für Arbeitslose 14 982,45 Mk. ausgezahlt. Ferner erhielten arbeitslose Mitglieder aus der Lokalkasse 2885 Mk.

Der Kassenbestand der Lokalkasse erhöhte sich von 28 090,92 Mark auf 33 116,16 Mk.

Am Schluß seines Berichts verweist Kollege Derringer auf die in nächster Zeit stattfindenden Vorführungen unseres Films „Aufstieg“.

Dem Kassierer und der Ortsverwaltung wurde Entlastung erteilt.

Die Ortsverwaltung wurde per Akklamation gegen acht Stimmen wiedergewählt.

Beschlossen wurde, aus Anlaß des 55-jährigen Bestehens der Zahlstelle eine kleine Feier mit gleichzeitiger Ehrung der Jubilare zu veranstalten.

In seinem Schlußwort erinnert Kollege Derringer an die Betriebskassen und fordert alle Anwesenden auf, tatkräftig mitzuarbeiten an dem Aufbau des Verbandes.

Marktscheid. Jahresgeneralversammlung. Am 15. Februar 1930 tagte die Sparingen-Verbandsversammlung der Zahlstelle des deutschen Fabrikarbeiterverbandes Marktscheid mit der Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Bestätigung der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes.

Einigungs der Versammlung gedachte Kollege Lindner (Marktscheid) mit ehrenden Worten des erst kürzlich verstorbenen Gewerkschaftskollegen Hermann Seebom. In seinem Geschäftsbericht führte Kollege Lindner aus, daß das vergangene Jahr ein Jahr höchster Konjunktur und Wirtschaftskrise gewesen ist. Fast in allen Betrieben im Bereich der Zahlstelle war längere oder kürzere Zeit Kurzarbeit zu verzeichnen. Auch die Unternehmern nahmen die Aufgabe der Arbeiterschaft an. Vor dem Arbeitsgericht kamen im vergangenen Jahre 21 Klagen zum Ansatz; die größte Anzahl endete mit Erfolg der Arbeiterschaft; die ersitzene Gesamtsumme betrug 3052,70 Mk. Die Anzahl der Versammlungen innerhalb der verschiedenen Sparten betrug im Berichtsjahr 40, die der Sitzungen und Verhandlungen 74. Der Mitgliederbestand war am Ende des Jahres 3272, und zwar 1775 männliche und 1497 weibliche Mitglieder. Auf die einzelnen Sparten verteilen sich die Mitglieder folgendermaßen: Porzellan 745 männliche, 668 weibliche; Glas 32 männliche, 45 weibliche; Grubberama 678 männliche, 361 weibliche. 30 Ausreisen führen 193 Kennennahmen gegenüber. In den wenigen Wochen dieses Jahres sind schon wieder 26 Kennennahmen zu verzeichnen. Unerwähnt soll auch nicht bleiben, daß in einem hiesigen Betriebe eine größere Anzahl von ehemaligen Arbeitern den Weg zu unserer Organisation fand.

Die Anzahl der verkauften Marken betrug 145 840, mit einem Betrag von 139 666,90 Mk. In die Hauptkasse wurden 24 785,33 Mk. überwiesen. Eine enorme Höhe erreichen in diesem Jahre die Ausgaben für soziale Zwecke der Zahlstelle. In die erwerbslosen Mitglieder des Verbandes kamen 30 367,75 Mk. zur Auszahlung, an Kranke Mitglieder 22 949,55 Mk. Der Kassenbestand der Lokalkasse hat sich im Berichtsjahr von 16 724,13 Mk. auf 21 923,23 Mk. erhöht. Nur ein kleiner Teil derselben ist für die größere Teil bestehen ist in wertvolleren Projekten angelegt. Mit Befriedigung wurde die Mitteilung zur Kenntnis genommen, daß im Bereich der Zahlstelle kein Betrieb ohne Betriebskassenverwaltung ist. Der Bildungsausschuss wird besonders Angehörige zugewendet werden. In der Zahlstelle wurde es auch in manchen

besser sein, wenn verschiedene Kollegen nicht immer Schwierigkeiten bereiten würden. Den Kollegen, die ihre Kraft zur Verfügung stellen, gebührt der Dank ihrer Organisation.

In Punkt 2 der Tagesordnung erfolgte die einstimmige Bestätigung der in die engere Verwaltung der Bezirkszahlstelle vorgeschlagenen Kollegen Wamm, Kleiber, Panzer, Wopperer, Lober, Karban und Schreiner.

An der Diskussion beteiligten sich viele Kollegen. Ein großer Teil der Debatte wurde dem Kapitel „Gewerkschaftsjugend“ gewidmet; verlangt wurde von allen Rednern, daß dieser Spezialfrage in nächster Zeit größte Aufmerksamkeit zugewendet werden muß.

Ein Antrag des Kollegen Jemann, gegen die Schreibweise der beiden Verbandsorgane Protest zu erheben (Polemik gegen die Gewerkschaftstätigkeit der Kommunisten), wurde mit Mehrheit angenommen.

Nachricht der Redaktion: Der Kollege Jemann ist also der Meinung, der Fabrikarbeiterverband und seine Funktionäre hätten sich von der KPD und ihrer Presse beschimpfen, verleumden und durch die Gasse schleifen zu lassen, ohne sich dagegen wehren zu dürfen. Das ist eine ganz eigenartige Zumutung, und wenn Jemann glaubt, die Verleumder mit seinem Schild decken zu müssen, so ist das ebenso eigenartig, weil Jemann selbst Verbandsfunktionär ist. Jemann kann sich seine Anträge „gegen die Schreibweise des Proletariats“ sparen. Die Redaktion wird nach wie vor die gewerkschaftsfeindliche und gewerkschaftszerstörende Tätigkeit der KPD und ihrer Presse abwehren. Wenn die KPD sich nur um ihre eigenen Angelegenheiten kümmert und ihre Nase in ihren eigenen reich vorhandenen Dreck steckt, werden wir uns mit ihr nicht mehr zu beschäftigen brauchen. Nicht der „Proletarier“ ist der Friedensstörer, sondern jene, vor die sich unser Verbandsfunktionär Jemann schützend stellt. Jemann will nicht den Verleumder mundtot machen, sondern in den Verleumbeten. Die Redaktion des „Proletariats“ weiß seit über einem Jahrzehnt, wo die Freunde und wo die Feinde unseres Verbandes stehen.

Rastenburg. Am 26. Januar 1930 fand eine Bezirkskonferenz des Zahlstellenbereichs Rastenburg statt, an der Gauleiter Vogel (Königsberg), Zahlstellenleiter Kollege Maguhn (Rastenburg) und weitere 32 Kollegen, als Delegierte entsandt, teilnahmen. Mit der Leitung der Konferenz wurde Kollege Schaluppa (Rastenburg) beauftragt. In Punkt 1 erstattete Kollege Maguhn den Jahres- und Geschäftsbericht, dem zu entnehmen ist, daß der augenblickliche Bestand der Kasse als verhältnismäßig gut anzusehen ist. Der Zugang an Mitgliedern betrug insgesamt 177. Durch Abtritt, Verzug und Todesfall war ein Abgang von 177 zu verzeichnen. Die Löhne konnten durchweg um 4 Pf. pro Stunde, teilweise auch mehr, verbessert werden. — Kollege Vogel (Königsberg) berichtete über die Entwicklung des Ganzen. — Dann berichtete Kollege Maguhn (Rastenburg) über zukünftige Lohnbewegungen in der Ziegelindustrie sowie in den übrigen Industriezweigen. Die Kalksandziegelbetriebe in Oganken sollen in diesem Jahre wieder in Betrieb genommen werden. Es muß versucht werden, auch in diesen Betrieben restlos zu organisieren. In vielen Betrieben, in denen 10—12 Stunden gearbeitet wurde, konnten die reguläre Arbeitszeit eingeführt und die Löhne erheblich verbessert werden. — An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Weinagel (Fürstenauberg), Walzer (Goldap), Scharepka (Sensburg) und die Kollegen Schmidt, Wiesenwies, Schaluppa (Rastenburg). Im Schlußwort wendete sich Kollege Vogel (Königsberg) gegen die kommunistischen Spaltungstendenzen in den freien Gewerkschaften. Kollege Maguhn (Rastenburg) berichtete über einige Erwerbslosenfragen und wies darauf hin, daß auch unser Verbandsfilm („Aufstieg“) in den Zahlstellen gezeigt wird. Er betonte zum Schluß seiner Ausführungen, daß ein jeder Kollege verbandsfördernd wirken möge, dann werden auch wir in Ostpreußen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen haben. Mit einem Hoch auf den Verband schloß Kollege Schaluppa die erste Bezirkskonferenz.

Bezirkszahlstelle Bad Salzungen. Die Generalversammlung der Bezirkszahlstelle, die am 23. Februar 1930 in Vacha (Rhön) tagte, war von etwa 80 Delegierten des Werratales besetzt.

Der vom Zahlstellenleiter Apel in Bad Salzungen gegebene Geschäftsbericht fand gute Aufnahme bei den Delegierten der Konferenz, besonders mit Rücksicht darauf, daß auch das verfloßene Geschäftsjahr der Zahlstelle einen sehr erfreulichen und beachtlichen Aufstieg brachte.

Die alte Ortsverwaltung wurde gegen zwei Stimmen wiedergewählt. Hierdurch kam die Anerkennung der durch die Geschäftsführung und die Ortsverwaltung geleisteten Arbeit am besten zum Ausdruck. Anerkennung fand die Tatsache, daß die Vertrauensleute der Organisation auch im Jahre 1929 mit großer Hingabe am Aufbau und einer weiteren Stärkung des Verbandes mitgearbeitet haben.

Zur Knappschaffsfrage im Bereich der Hess.-Thür. Knappschaff wurde nachstehende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die am 23. Februar in Vacha (Rhön) tagende Generalversammlung der Bezirkszahlstelle Bad Salzungen des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, die von Betriebsräten, Knappschaffsleitern und Vertrauensleuten aller Kalwerke des Werratales zahlreich besetzt ist, nimmt insbesondere in Anbetracht der Überlagsbelegschaften zur Knappschaffsfrage im Bereiche der Hess.-Thür. Bezirksknappschaff in nachstehender Entschliessung einstimmig Stellung:

1. Bei der Knappschaffsfrage sind die Versammelten grundsätzlich der Meinung, daß für die Knappschaffsmitglieder die freie Arztwahl erstrebt werden muß. Bis dahin ist eine Änderung des jetzigen Sprengelarztsystems insofern vorzunehmen, daß aus solchen Mitgliedern, die bisher infolge des jetzigen Sprengelsystems nur einen Arzt zu Rate ziehen konnten, die Möglichkeit gegeben wird, durch Freigabe oder Zulassung mindestens eines weiteren Arztes auch einen anderen Arzt wählen zu können. Dieser Arztwechsel muß alle Vierteljahre möglich sein.

2. Für die Familienangehörigen der Knappschaffsmitglieder sind seitens der Knappschaffs Heilmittel und Zahneratz zu gewähren.

3. Die Arbeitsweise des Vertrauensmannes der Arbeiter in der Hess.-Thür. Knappschaff, Wagner, der sich nicht gezeigt hat, in einer Belegschaftsversammlung in Tiefenort den nicht amwesenden Angeordneten Apel des Fabrikarbeiterverbandes persönlich anzugreifen, wird aufs schärfste verurteilt.

Von dem Vertrauensmann in der Bezirksknappschaff muß erwartet werden, daß er objektiv genug ist, um sein Amt unparteiisch und ohne Ansehen der Person und des Verbandes zu führen.

4. Im Interesse der Knappschaff und im Interesse einer einheitlichen Stellungnahme der Arbeiter zu den Knappschaffsfragen hat nach Ansicht der Versammelten der Vertrauensmann der Arbeiter die Pflicht, durch eine Fühlungnahme und Verständigung mit dem Fabrikarbeiterverband und den übrigen Organisationen der Arbeiter zusammenzuarbeiten und nicht — wie das bisher der Fall war — ganz einseitig zu arbeiten.“

Diese außerordentlich stark besuchte Konferenz des Fabrikarbeiterverbandes war ein Beweis dafür, daß seitens der Mitgliedschaften den Aufgaben und der Arbeit des Verbandes im Bezirk das größte Interesse entgegengebracht wird.

Dies soll auch im laufenden Geschäftsjahr Ziel und Richtschnur aller Bestrebungen sein.

Stuttgart. Die Jahresgeneralversammlung am 2. Februar 1930 war gut besucht. Nach Eröffnung der verstorbenen Mitglieder erstattete Kollege Berner den Jahresbericht.

Das Jahr 1929 war ein Kampfsjahr. Die Zahl der Arbeitslosen stieg fortwährend, und die Arbeitgeber bemühten diese Last, um die Arbeitslosigkeit zu verschärfen und besonders unliebhabere gegesliche und tarifvertragliche Bestimmungen zu umgehen. Es ist deshalb notwendig, wenn die Zahl der Verhandlungen zur Bestätigung von Differenzen und die Anzahl der Arbeitsgerichte wesentlich höher

lag als im vorhergehenden Geschäftsjahr. Es mußten annähernd 1000 Sitzungen, Verhandlungen usw. stattfinden, um die anfallende Arbeit zu erledigen.

Die im Frühjahr vollzogene Anstellung eines zweiten Kollegen führte zu reibungsloser Erledigung dieser Arbeiten und es konnten außerdem in vier Bezirken Unterkursur für die Betriebsvertretungsmittel abgehalten werden.

Die Agitation wird erschwert einerseits durch die ungeheure Zerpflünderung der zuständigen Arbeitnehmer in kleine und kleinste Belegschaften. Die Bearbeitung dieser Unorganisierten erfordert viel Zeit und einen beträchtlichen Teil der Einnahmen. Erschwert wird die Agitation auch durch die Einstellung der Arbeitgeber, die gestützt auf das Heer der Arbeitslosen, die Zeit für gekommen erachten, uns Abbruch zu tun. Erfolgreich in der Agitation hat sich die Herausgabe von Flugblättern erwiesen, die auf die Verhältnisse des betreffenden Betriebes näher eingehen, oder Flugblätter, die in Bildform die Zustände in den verschiedenen Industriezweigen schildern. Annähernd 80 000 derartige Flugblätter und Einladungen wurden zur Verteilung gebracht.

Dann erstattete Kollege Berner eingehenden Bericht über den Verlauf und die Ergebnisse der Lohnbewegungen, wobei er besonders das Verhalten der Ziegeleibehrer in das richtige Licht stellte. Da die Arbeitgeber zum Zwecke der Lohnreduzierung immer mehr jugendliche und weibliche Arbeitskräfte beschäftigten, muß der Gewinn der Frauen und Jugendlichen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Kollege Schille erstattete den Kassenbericht, wobei er besonders die starke Fluktuation hervorhebt. Es gelang durch Einsetzen aller Kräfte, im Jahre 1929 über 800 Unorganisierte für uns zu gewinnen; es blieb aber nur ein Mitgliederzuwachs von 118. Die große Zahl der zuständigen Betriebe im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten erschwert die Bearbeitung der Neugewonnenen wesentlich. Am Schluß des Jahres ergibt sich ein Mitgliederbestand von 2705, davon 43 Prozent weibliche.

Der Durchschnittsbeitrag beträgt je Mitglied 108 Pf. Der Lokalkassenbestand erhöhte sich auf 7514,14 Mk. Ein Betrag von 1000 Mk. ist an Ausgesteuerte als Weihnachtsgabe zur Auszahlung gekommen.

Die Aussprache über beide Berichte gestaltete sich, von einer Ausnahme abgesehen, sehr sachlich und anregend für die weitere Arbeit. Eine Entschliessung, die sich mit der „akut revolutionären Situation“ und der Stellung der Gewerkschaftsleiter dazu beschäftigte und am Schluß die Entsendung von Delegierten zum Württembergischen Kongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition forderte, wurde unter Zustimmung der übergroßen Mehrzahl der Mitglieder nicht zur Abstimmung gebracht.

Die seitiger Ortsverwaltung wurde per Akklamation wiedergewählt.

Gefordert wurde, der Arbeitslosenfrage eine größere Aufmerksamkeit zu widmen, und insbesondere solle der WGS der Frage der Arbeitsbeschaffung näher treten.

Mit einem Mahnruf, auf gewerkschaftlichem Boden alle Kräfte zu sammeln und nicht zu erlahmen in der Werbetätigkeit für die Organisation, schloß Kollege Berner die Versammlung. W. Sch.

Sonneberg. Am 23. Februar 1930 fand die Generalversammlung der Zahlstelle Sonneberg statt. Vor der Versammlung zeigte in den Kammer-Lichtspielen der Film unseres Verbandes „Aufstieg“ den Delegierten und auch Mitgliedern das Werden und Wirken des Fabrikarbeiterverbandes.

In der Generalversammlung schilderte Kollege Schneider (Erfurt) die heutige wirtschaftliche Lage, das Ringen zwischen den Besitzenden und der Arbeiterklasse, den Kampf um die Sozialversicherung, und zog daraus die Schlussfolgerung, daß es nur durch den Kampf der Gewerkschaften möglich sei, alle Verschlechterungen abzuwehren und Verbesserungen einzuführen.

Im Geschäftsbericht schilderte Kollege Brandel treffend das Elend in der Heimindustrie sowie in verschiedenen anderen Industrien, besonders in den Betrieben der Ziegelindustrie. Die Diskussion ergab, daß die Ortsverwaltung zur Zufriedenheit der Mitglieder gearbeitet hat. Den Kassenbericht ergänzte Kollege Weitz. Aus dem Kassenbericht war zu ersehen, daß trotz des wirtschaftlichen Niederganges die Zahlstelle Sonneberg sich gehalten hat, was nicht zum geringen Teil auf die tätige Mitarbeit der Funktionäre in den Betrieben zurückzuführen ist.

Die geleistete Arbeit zeigen die folgenden Zahlen. Der Schriftverkehr zählte 3540 Eingänge und 7800 Ausgänge. 264 Versammlungen in Betrieben und Orten wurden abgehalten. 353 Verhandlungen waren notwendig, um die Rechte unserer Kollegenschaft zu verteidigen. Außerdem fanden noch 426 anderweitige Sitzungen sowie 24 Hausagitationen statt. Die Mitgliederbewegung verzeichnet gegen das Jahr 1928 einen kleinen Rückgang.

Die Einnahmen der Hauptkasse beliefen sich auf 203 327,21 Mk. Davon wurden allein 70 000 Mk. an Unterstützung an die Mitglieder gezahlt. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 88 434,20 Mk.

Die alte Ortsverwaltung wurde mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt.

Verbandsnachrichten.

Mitgliedsbuch gestohlen.

Bei einem Einbruch in Schlutup bei Lübeck wurde dem Kollegen Johann Koskian, geb. 5. 8. 1899, sein Mitgliedsbuch, Nr. 810 022, gestohlen. Bei Vorlegung ist der Besitzer des Buches polizeilich festzustellen und das Buch an den Hauptvorstand einzuliefern.

Ausgeschlossen

würden auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 das bisherige Mitglied der Zahlstelle Glogau: Stanislaus Urbanik, Buch-Nr. 5 11 738 571; das bisherige Mitglied der Zahlstelle Annaburg: Julius Kleinert, Buch-Nr. 907 248; auf Grund des § 14 Ziffer 3d das bisherige Mitglied der Zahlstelle Solingen: Eliwincki, Buch-Nr. 851 668, und das bisherige Mitglied der Zahlstelle Schöningen: Richard Kolb, Buch-Nr. 663 962.

Zahlstelle Riesa (Elbe).

Vom 1. März 1930 an befindet sich unser Büro Bismarckstraße 77, 2. Et. (Volkshaus). Telefon 968 und 969. [2.—Mk.]

Zahlstelle Großenhain (Sachsen).

Vom 1. März 1930 an befindet sich unser Büro Katharinenplatz 2. [2.—Mk.]

Die Zahlstelle Göppingen (Württemberg.)

sucht zum sofortigen Antritt einen tüchtigen Geschäftsführer.

Nur eine erste Kraft kann Verlässlichkeit finden. Die Bewerber müssen neben der handschriftlichen Bewerbung einreichen eine Abhandlung über:

1. ihren Lebenslauf;
2. ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung;
3. einen Aufsatz über das Thema: „Welche Bedingungen sind für die Anstellung eines Geschäftsführers einer Zahlstelle?“

Die Bedingungen für die Anstellung sind außer: rednerische Befähigung und die Kenntniss des Arbeits- u. Tarifrechts, ebenso eine sechsjährige Zugehörigkeit zu unserem Verband.

Die Anstellung erfolgt nach den vom Verbandstag beschlossenen Bedingungen.

Die Bewerbungsschreiben sind bis zum 20. März d. J. mit der Aufschrift „Bewerbung“ zu senden an
L. Börner, Kassierer, Lindenstr. 25. [10.—Mk.]

Chemische Industrie

Eine wissenschaftliche Stümpfung des Bedarfsystems.

Am 22. Oktober 1929 wurde in Dortmund ein Forschungsinstitut für Arbeitsphysiologie als Abteilung der Universität Münster eröffnet. Über den Zweck und die Bedeutung dieser Einrichtung sprachen eine ganze Reihe namhafter Arbeitswissenschaftler. Bemerkenswert ist die Ansprache des Prof. Dr. Ughler, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie, weil er bei seinen Ausführungen auch das Bedarfsystem erwähnte.

Professor Dr. Ughler hob hervor, daß sich die werktätige Bevölkerung Deutschlands seit dem Jahre 1882, wo sie noch überwiegend der Landwirtschaft angehörte, zu Industriearbeitern entwickelt hat. Heute ist beinahe die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung auf die Industrie angewiesen, während in der Landwirtschaft nur noch 26 Prozent Beschäftigung finden. Die moderne Industrie befindet sich aber gegenwärtig in einer wirtschaftlichen Notlage, wodurch sie gezwungen ist, die menschliche Arbeitskraft voll auszunutzen. Da erwacht der Wissenschaft die Aufgabe, das tägliche Arbeitsmaß so zu dosieren, daß zwar Höchstleistungen vollbracht werden, aber innerhalb der von der Natur gezogenen Grenzen. Andernfalls würden die Arbeiter in wenigen Jahren körperlich und geistig verbraucht sein.

Aus diesen Gesichtspunkten heraus verwirft Ughler das Taylorsystem, das Maximalleistungen erpressen will. Das Ziel müssen Optimalleistungen sein, bei denen der Arbeiter gesund bleiben kann. Das ist nur möglich, wenn die wissenschaftlichen Untersuchungen mit aller Strenge vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang äußert sich Professor Ughler über das Bedarfsystem nach dem uns vorliegenden Bericht folgendermaßen:

„Die Erfahrungen, welche das Bedarfsystem machen mußte, sollen uns eine ernste Warnung sein. Die Verfechter dieses Systems, das auch in einigen Fabriken Deutschlands eine Gastrolle gab, behaupten, für die einzelnen Betätigungsformen des Arbeiters die zulässige obere Leistungsgrenze rechnerisch ermitteln zu können. Sie besuchten Fabriken und dekretierten auf Grund ihrer omnibösen Berechnungen gewisse Maßnahmen, die in einzelnen Fällen tatsächlich zu einer Steigerung der Leistungen führten. Nun ist es richtig, daß man heute schon für einige wenige Formen Leistungsnormen aufstellen kann, aber die Zahl dieser wissenschaftlich einwandfrei ermittelten Normen ist noch viel zu gering, als daß man damit schon das zulässige tägliche Arbeitsquantum rechnerisch bestimmen könnte. Da aber das Bedürfnis nach solchen Normen sehr stark ist, so finden sich immer Leute, welche die langwierige, allmählich summierende wissenschaftliche Kleinarbeit nicht abwarten können, sondern vorzeitig Ergebnisse verkünden, die ihnen zu diesen Einfageserfolgen verhelfen.“

Nun, die Wirkung ist nicht ausgeblieben: die Arbeiterschaft erkannte die schlecht fundierte Grundlage dieses Bedarfsystems und lehnte es rundweg ab. Und andererseits waren sich auch die Unternehmer darüber klar, daß sich hier ein System mit einem wissenschaftlichen Mantelchen behangen hatte. Alle die verschiedenen Anfragen, die aus Industriekreisen über dieses Bedarfsystem an uns gerichtet wurden, zeichneten sich durch eine ganz ausgesprochene Saepitis aus, deren Berechtigung wir in unserer Antwort nur bestätigen konnten.

Das Ziel, welches das Bedarfsystem erreicht zu haben vorgibt, schwebt auch der Arbeitsphysiologie vor: auch sie will ja diejenige Grenze wissenschaftlich einwandfrei feststellen, bis zu der man die Intensität einer Arbeit steigern kann, ohne Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft zu treiben. Aber es ist noch ein weiter Weg, bis wir dieses ersehnte Ziel erreicht haben.“

Mit diesen Ausführungen hat Prof. Dr. Ughler, einer der anerkannt größten Arbeitswissenschaftler Deutschlands, unsere wiederholt vertretene Ansicht bestätigt und auf die kürzeste Formel gebracht. Die Bedarf-Gesellschaft erstrebt nicht Optimalleistungen, sondern erzwingt, wie es ehemals Taylor anstrebte, Maximalleistungen auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter. Davon wird die Industrie dauernd keinen Vorteil haben. Wohl aber müssen die Firmen, die das Bedarfsystem gewalttätig eingeführt haben, das Odium auf sich nehmen, aus Profitrückblicken die menschliche Arbeitskraft trotz schärfster Warnungen vorzeitig zu untergraben. Diese Tatsache ist aus den bisherigen Ergebnissen bereits zu erkennen.

Uns liegen Aufstellungen vor, aus denen sich ergibt, daß ohne jede technische Verbesserung nach Einführung des Bedarfsystems in einem Fall bei gleichbleibender Arbeitszeit und Verringerung der Arbeiterzahl von 22 auf 18 die Leistung von 1300 Meter des Produkts auf 2400 Meter gestiegen ist. Das ergibt, auf den einzelnen Arbeiter berechnet, eine Leistungssteigerung von 130 Prozent und einen Lohnabbau auf das Produkt berechnet von 25 Prozent.

In einem anderen Fall ist die Arbeiterzahl, ebenfalls ohne technische Verbesserungen, von 14 auf 9 herabgesetzt. Die Leistungssteigerung beträgt in diesem Falle 59 Prozent, der jedoch auch eine Lohnsteigerung von 15 Prozent zur Seite steht.

In einem anderen Fall ist bei gleichen Arbeitsstunden die Anzahl der Arbeiter von 20 auf 18 herabgesetzt worden. Die Leistung ist von 1800—2000 Meter nach Einführung des Bedarfsystems auf 1700—1800 Meter gesunken. Das ergibt eine Leistungssteigerung auf den einzelnen Arbeiter von zirka 65 Prozent, ohne daß irgendwelche technische Verbesserungen eingetreten sind. Trotz dieser enormen Leistungssteigerung für den einzelnen Arbeiter ist eine Lohnsteigerung nicht eingetreten. Solche feststehenden Tatsachen lassen sich beliebig vermehren. Es genügt aber diese Kostprobe.

Wir wiederholen, was wir bisher immer in den Vordergrund unserer Betrachtungen gestellt haben, nämlich, daß das Bedarfsystem kein wissenschaftliches System ist, wie es die Bedarf-Gesellschaft darstellt, daß die Leistungssteigerung

einzig und allein erreicht wird durch ein Antreiber-System, das im Bedarfsystem begründet liegt, und daß dieses Antreiber-System zum vorzeitigen Verbrauch der menschlichen Arbeitskraft führen muß. Wir unterstreichen, was wir schon wiederholt ausgeführt haben und jetzt durch die oben angeführten Belege bestätigen, daß das Bedarfsystem als einziges Ziel die Steigerung der menschlichen Arbeitsleistung verfolgt. Dabei wird keine Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter genommen; die erpresste Arbeitsleistung von 60 sogenannten B-Punkten wird nicht besser bezahlt als die bisherigen Höchstleistungen; die darüber hinaus geleistete Arbeit wird sogar nur mit drei Viertel ihres festgesetzten Wertes entlohnt, und nur die wichtigsten Arbeitergruppen im Betrieb erzielen höheren Verdienst als früher, während die leicht zu ersetzenden Arbeitskräfte bei wesentlich erhöhter Arbeitsleistung sich mit dem früheren Lohn begnügen müssen.

Wenn die erneute Feststellung dieser unerhörten Tatsache der Bedarf-Gesellschaft Kopfschmerzen bereiten sollte, müssen wir ihr schon empfehlen, ihre Angriffe, auch solche juristischer Art, nicht gegen uns als Vertreter der gequälten Arbeiter zu richten, sondern zu versuchen, sich mit dem wissenschaftlich in der ganzen Welt anerkannten Kaiser-Wilhelm-Institut und besonders mit Herrn Prof. Dr. Ughler, dem Direktor dieses Instituts für Arbeitsphysiologie, gerichtlich auseinanderzusetzen. O. Haupt.

Wählt

in die Betriebsräte nur Gewerkschaftskollegen (Liste der freien Gewerkschaften), die gewillt und fähig sind, nur in gewerkschaftlichem Sinne, aber nicht im Interesse der Kommunistischen Partei tätig zu sein. Zu Betriebsräten braucht man gereifte, erfahrene und ehrliche Menschen, aber nicht solche, in deren Kopf die Gedanken und Ideen wie Ameisen in einem Ameisenhaufen durcheinanderwirbeln. Vernünftige Arbeiter wählen vernünftige Betriebsräte,

Feine

Phantasten, deren Hauptorgan — der Mund — unabhängig vom Gehirn das ganze Jahr raffert wie ein gut geschmieretes Maschinengewehr. Wählt keine Menschen, die alles versprechen, wovon sie überzeugt sind, es nicht halten zu können! Ein guter Gewerkschaftskollege verspricht nicht, was er nicht halten kann. Die wilden KPD-Männer versprechen und schimpfen dann, wenn andere das von der KPD Versprochene nicht durchführen, weil es nicht geht. Solche Leute nennt man mit Recht

Phrasendrescher

und wer ihnen glaubt, der muß nachher Enttäuschungen hinnehmen. Ein ernster Mensch nimmt einen KPD-Vielredner nicht ernst und wählt ihn deshalb auch nicht.

Der Tod in der Gummifabrik Wiener-Neustadt.

In Nr. 6 des „Proletarier“ vom 8. Februar brachten wir eine kurze Notiz über Benzolvergiftungen in einer Gummifabrik in Wiener-Neustadt. Wir berichteten damals über 2 Todesfälle. Inzwischen sind drei weitere, insgesamt also 5 Todesfälle, eingetreten. Alle übrigen Arbeiter, 6 Männer und 47 Frauen, sind erkrankt und befinden sich in ärztlicher Behandlung. 13 Arbeiterinnen liegen noch im Spital in Wiener-Neustadt. Auf Grund dieser ungeheuerlichen Meldungen haben wir an Ort und Stelle Erkundigungen eingezogen und den Betrieb besichtigt.

Wiener-Neustadt liegt eine gute Eisenbahnstunde von Wien entfernt. Eine mittelalterliche, freundliche Stadt mit zirka 35 000 Einwohnern. Abwärts liegt der ehemalige österreichische Kriegsflugzeugplatz und die Flugzeugfabrik. In einem Einzelbau der früheren Flugzeugwerke war die Gummifabrik untergebracht. Wir erreichten Wiener-Neustadt mit der Eisenbahn von Wien kommend und finden den Ort eingerahmt von den Bergen des Wiener Waldes. Seitwärts erhebt sich die Hohe Wand, aus dem Hintergrund leuchtet der Schneeberg. Und dieses Hochplateau des Wiener Waldes ist blühenden Menschen zur Todesstätte geworden, weil kapitalistische Profitgier es so wollte.

Die Fabrik wurde von der Firma Dr. Hörner, Balog u. Ko. im August v. J. eröffnet. Die Firma hat vorher einen gleichartigen Betrieb in Preßburg gehabt, der durch eine Explosion zerstört wurde, bei der auch dort mehrere Arbeiter den Tod fanden. In Wiener-Neustadt erfuhren wir auch, daß in Preßburg bereits dieselben Benzolvergiftungen vorgekommen sind.

In einem besonderen Raum, dessen Tür aber dauernd offenstand, befinden sich 8 Tauchapparate, die von einer Leipziger Firma geliefert sind. In diesem Raum wurden die Weichgummierartikel in einwandfreien Tauchapparaten getaucht und getrocknet, wobei die Benzoldämpfe ordnungsgemäß abgesehen werden.

In demselben Raum befinden sich auch die Lösegefäße für die Gummilösung. Die Gefäße wurden durch einfache Handarbeit mit Benzol gefüllt und dann das nötige Quantum Paragonium hineingefan. Die Lösung erfolgte bei gutem Verschluß. Bei dieser Arbeit sollen nennenswerte Belastungen der Arbeiter nicht vorgekommen sein, trotzdem die technische Anordnung der Lösegefäße zu wünschen übrig läßt.

Die getrockneten Gummierartikel wurden zum anderen Ende des Saales in die Vulkanisationsräume transportiert. Auch die Vulkanisationsräume geben zu besonderer Beanstandung keinen Anlaß.

Nach der Vulkanisation wurden die Gummierartikel in einen offenen Behälter mit Benzol, dem Reis- oder Weizenpulver zugefetzt war, getaucht. Diese Taucharbeit erfolgt in einer hannoverschen Gummifabrik nach unserer Information in einer wässrigen Puderlösung. In Wiener-Neustadt wurde Benzol angewendet, um den hygienischen Gummierartikeln den letzten Gummigeruch zu nehmen. Nach dem Tauchen wurden die Gummierwaren auf einem Gestell, das auf einem Arbeitstisch stand, geschwenkt, damit das anhaftende Benzol noch restlos verdunsten sollte. Verbraucht wurden täglich 30 Liter, das sind rund 25 Kilo Benzol. Diese ungeheure Menge verdunstete jeden Tag restlos im Arbeitsraum, der ohne jede Ventilation war. Einige anliegende Räume, wo die Gummierwaren vor dem Vulkanisieren gerändert wurden, waren ohne Türen, so daß die Benzoldämpfe freien Zutritt hatten. In diesen Räumen waren Abfaugvorrichtungen angebracht, die aber nach Angaben der uns führenden Personen nicht genügend funktionierten.

In Österreich wütet seit Jahren eine Wirtschaftskrise. Die Kostrennung der sogenannten Nachfolgestaaten von Österreich hat diesen Zustand, der bisher nicht gehoben werden konnte, geschaffen. In Wiener-Neustadt ist die Arbeitslosigkeit besonders groß. Bei Eröffnung des Betriebes wurden der Firma bestimmte Auflagen gemacht, die aber nicht eingehalten wurden. Wenn die Aufsichtsbehörde auf Durchführung der Vorschriften drängte, erklärte die Firma jedesmal, daß dadurch ihre Konkurrenzfähigkeit unterbunden würde und der Betrieb geschlossen werden müßte. Um die ungeheure Arbeitslosigkeit in Wiener-Neustadt nicht zu vergrößern, scheint die Gewerbeaufsichtsbehörde die Sache lässig behandelt zu haben. Im österreichischen Parlament ist das zum wenigsten mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden.

Als sich die ersten Gesundheitsstörungen zeigten, wurde von den behandelnden Ärzten die Krankheit verkannt. Man kurierte auf Influenza und Rheumatismus. Bei den Kranken entstanden braune und schwarze Flecken unter der Haut, die nach Angabe von Medizinern auch von nicht gewerbehygienisch gebildeten Ärzten als Benzolvergiftungen erkannt werden müssen. In der falschen Diagnosestellung ist neben der verbrecherischen Leichfertigkeit der Firma mit eine Ursache der schweren Auswirkung der Vergiftungen zu erkennen. Das allein rundet das Bild jedoch noch nicht ab. Wir mußten leider feststellen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen aus Furcht, ihre Arbeitsstelle nach langer Arbeitslosigkeit wieder zu verlieren, hartnäckig die Erkrankungen verheimlichten und in Abrede stellten. Ein grauenhaftes Bild sozialer und wirtschaftlicher Not rollte sich bei Feststellung dieser Tatsache vor unserem geistigen Auge ab.

Neben den bereits erwähnten Blutungen unter der Haut traten Blutungen der Nase und des Zahnfleisches ein. Auch das sind typische Merkmale der Benzolvergiftung. Die behandelnden Ärzte haben aber nicht mit einer Blutvergiftung, sondern mit den näherliegenden Schädigungen der Nieren durch Benzol gerechnet. Hinzu kommt, daß in Österreich der Gewerbeaufsicht keine Medizinalbeamten angehören. Nur weit vom Schuß, in der Regierung in Wien, gehört eine Ärztin der Gewerbeaufsichtsbehörde an, die aber für den Aufsichtsbezirk Wiener-Neustadt nicht in Frage kommt. Als das Unglück geschah, wurde diese Beamtin dorthin gerufen und stellte nunmehr auch ihrerseits Benzolvergiftung fest.

Benzol wirkt auf die Blutbildung außerordentlich verheerend. In der Milz, dem hauptsächlichsten Organ der Blutbildung, setzen sich die Benzolgifte fest. Aber auch das Knochenmark, der ursprüngliche Blutbildner, wird durch Benzol vollständig zerstört, und es ist noch kein Mittel gefunden, der Zerstörung Einhalt zu tun. In Deutschland wie im Auslande sind schwere Benzolvergiftungen dadurch geheilt worden, daß die Milz operativ entfernt wurde. In Österreich ist man bisher in diesen Fällen zu solchen operativen Eingriffen noch nicht geschritten. Hoffentlich werden solche Eingriffe nicht mehr notwendig.

Die vergifteten Arbeiterinnen befinden sich den Verhältnissen entsprechend wohl. Ob aber Rückschläge und Komplikationen eintreten, ist noch nicht abzusehen. Man versucht vorläufig, die Erkrankten durch gute Kost wieder auf die Beine zu bringen. Ob dadurch aber die Blutbildung in normaler Weise wieder herzustellen ist, ist mindestens zweifelhaft. Die gemeinsame Beköstigung wird von unserem Bruderverband in Österreich durchgeführt. Er hat erhebliche Mittel dafür bereitgestellt, die durch Sonderzuwendungen der Berufsgenossenschaft und anderer Stellen, darunter auch die Firma und der Betriebsrat, ergänzt worden sind.

Die Lehre aus diesem furchtbaren Unglück ist wiederum, daß in der chemischen Industrie die Gefahren für die Arbeiter unabsehbar sind, auch wenn die Vorichtsmaßnahmen besser durchgeführt werden als im vorliegenden Falle. Durchgreifender Schutz kann nur erreicht werden durch eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit, die die gesamte chemische Industrie wirtschaftlich tragen kann. O. Haupt.

Papier-Industrie

Zellulose aus Luft.

Nach dem „Wochenblatt für Papierfabrikation“ hielt Dr. Herbert Levinstein in einem Vortrag, den er in dem Verein der Chemiker und Ingenieure hielt, die Gewinnung von Zellulose aus Luft für möglich. So wie man zu Düngezwecken Stickstoff aus der Luft gewinnt, sei es möglich, durch ähnliche synthetische Methoden unbegrenzte Mengen Zellstoff aus der Luft zu gewinnen. Die Forschung habe ergeben, daß Zucker und Zellulose aus denselben Grundstoffen bestehen. Zucker könne aber bereits synthetisch aus Kohlendioxid in der Luft gewonnen werden. Es liege deshalb nahe, daß in nicht ferner Zeit auch Zellulose zur Erzeugung von Papier und Kunstseide auf ähnlichem Wege hergestellt werden könne.

Die Entwicklung der polnischen Papiererzeugungsindustrie.

Von G. Stähler (Hannover).

Seit der Gründung des polnischen Staates befand sich die Entwicklung der Produktion in der polnischen Papiererzeugungsindustrie in einer stetigen Aufwärtsbewegung, so daß sich im Jahre 1929 in einzelnen Papierarten, besonders in Pack-, holzhaltigem, Druck- und Schreibpapier, eine Überproduktion bemerkbar machte.

Betriebs- und Arbeiterzahlen.

Die Erscheinung der Überproduktion macht sich besonders auch aus dem Rückgang der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer bemerkbar, wie aus der nachstehenden Zusammenstellung hervorgeht, die der amtlichen Statistik über die Entwicklung der polnischen Papiererzeugungsindustrie entnommen wurde:

Jahr	Papier-Fabriken	Pappen-Fabriken	Holzstoff-Fabriken	Zellstoff-Fabriken	Insgesamt	Zahl der Beschäftigten
1926	26	28	—	3	55	8 032
1927	24	24	11	3	62	8 484
1928	29	34	13	3	79	10 592
Okt. 29	29	34	13	3	79	9 259

Dabei ist zu beachten, daß im Jahre 1926 nur 46, 1927 nur 44 und 1928 nur 55 Fabriken in Betrieb waren.

Entwicklung der Produktion.

Die nachstehenden amtlichen Produktionszahlen geben die Erzeugung von 1926 bis 1929 wieder:

Jahresproduktion in Tonnen an:

Jahr	Papier	Pappen	Holzstoff	Zellstoff	Insgesamt
1926	81 894	19 015	25 000	48 440	174 349
1927	98 578	21 863	31 859	55 252	207 522
1928	122 267	33 630	37 990	58 633	252 520
1929	150 000	25 000	?	?	?

Vorräte.

Aus den nachstehend veröffentlichten amtlichen Zahlen ergibt sich, daß für die Halbstoffe (Holzstoff und Zellstoff) die am Jahresende vorhandenen Vorräte gekunken, dagegen für Papier und Pappe, und zwar für letztere sogar erheblich, gestiegen sind. Auch hieraus ergibt sich sehr deutlich die bereits Ende 1928 vorhandene Überproduktion an Papier und Pappen.

Vorräte am Jahresende in Tonnen an:

Jahr	Papier	Pappen	Holzstoff	Zellstoff	Insgesamt
1926	5096	741	?	246	6 083
1927	4345	1296	1372	1848	8 861
1928	6964	1741	843	930	10 478

Produktionssteigerung seit 1925.

Aber die Produktionssteigerungen an Papier und Pappe verdrängen das polnische Institut für Konjunkturforschung in seinem Novemberheft 1929 folgende Zahlen, wobei die Produktion von 1925 = 100 gesetzt ist:

Jahr	Papier	Pappe
1925	100	100
1926	110	118,4
1927	132,4	135,7
1928	164,2	208,8

Aus diesen Zusammenstellungen ergibt sich, daß die Papierproduktion von 1925 bis 1928 um 64,2 und die Pappenproduktion im gleichen Zeitraum sogar um 103,8 Prozent gestiegen ist. Im Jahre 1929 stieg die Papierproduktion um weitere rund 25 Prozent, während die Pappenherstellung um den gleichen Prozentsatz zurückging.

Ausnutzung der Betriebskapazitäten.

Wir haben bereits bei der Bekanntgabe der Betriebszahlen darauf hingewiesen, daß in den drei Jahren von 1926 bis 1928 ein immerhin erheblicher Teil der Betriebe der polnischen Papiererzeugungsindustrie stilllag und daß trotzdem, wie aus der Entwicklung der Produktion hervorgeht, nicht nur für Papier und Pappe, sondern auch für Zellstoff und Holzstoff ganz erhebliche Produktionssteigerungen festzustellen sind, die zur teilweisen Überproduktion im Jahre 1929 führten. Man muß zu der Überzeugung kommen, daß die polnischen Papiererzeugungsindustriellen eine Überkapazität ihrer Betriebe und Produktionsmittel ohne Rücksicht auf den Inlandsbedarf und auf die Ausfuhrmöglichkeiten vorgenommen haben. In dieser Hinsicht muß man nunweigerlich kommen, wenn man sich den Grad der Ausnutzung der Leistungsfähigkeit in den Papier- und Pappenfabriken ansieht, die das polnische Institut für Konjunkturforschung in folgender Höhe angibt:

Ausnutzung der Betriebskapazität in Prozent in:

Jahr	Papierfabriken	Pappenfabriken
1925	55,5	61,1
1926	60,7	63,3
1927	77,8	61,5
1928	78,6	78,8

Leider liegen für die Zellstoff- und Holzstoffindustrie keine derartigen Zahlen vor. Es muß aber angenommen werden, daß die Produktionssteigerung der Papier- und Pappenindustrie in höherem Maße vor sich gegangen ist als die Steigerung der Zellstoff- und Holzstoffproduktion, zumal die polnische Zellstoffindustrie im August 1929 noch vollaus beschäftigt war.

Ein- und Ausfuhr.

Nach einer vom Verband der polnischen Papierindustriellen vorgenommenen Statistik gestaltete sich die Ein- und Ausfuhr der polnischen Papier- und Pappenfabriken im Jahre 1928 folgendermaßen:

Erzeugnisse	Einjahr	Ausjahr
Packpapier	1 539	10
Druck- und Schreibpapier	11 906	68
Zeitungspapier	5 511	16
Pappe	19 709	335
Andere Papierarten	3 037	262
Insgesamt	32 702	4191

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß trotz der in Polen herrschenden Überproduktion an Papier und Pappen die Einfuhr an diesen Erzeugnissen im Jahre 1928 gegenüber dem Vorjahre um 61,9 Prozent anstieg, während die Ausfuhr um 92 Prozent anstieg. Dies beweist, daß die polnische Papierindustrie im Jahre 1928 gegenüber dem Vorjahre um 18 Prozent an ausländischen Fabriken geliefert hat. Ferner war 1929 — die erste seit dem Jahre 1925 — ein weiteres Anwachsen der Zellstoffeinfuhr nach Polen bemerkbar. Die Zellstoffeinfuhr in den ersten neun Monaten des Jahres 1929 betrug 12 272 Tonnen gegen 6 939 Tonnen im Vorjahre. Dagegen ist die Zellstoffausfuhr im gleichen Zeitraum von 61,9 Tonnen auf 470 Tonnen zurückgegangen, so daß also die Zellstoffeinfuhr ungefähr dreimal so hoch ist wie die Ausfuhr. Mit ausschlaggebend für die erhöhte Zellstoffeinfuhr dürfte der erhöhte Verbrauch für die Kunstfaserindustrie und die Erzeugung von Zellulosepapier sein; hierfür kommt fast nur ausländische Zellulose zur Verwendung, da die polnische Zellulose kaum ausreicht. Als Hauptlieferanten für Zellulose kommen die Schwedische Zellulose- und Schwedische Zellulose-Fabrik in Frage.

Marktlage.

In der Packpapierindustrie hat sich im Jahre 1929 die Überproduktion viel stärker bemerkbar gemacht als in allen übrigen Zweigen der Papiererzeugungsindustrie. Die Lager des Papiergroßhandels sind mit Packpapier überfüllt. Infolgedessen hat sich eine ziemlich starke Preisrückbildung innerhalb der Packpapierindustrie bemerkbar gemacht, wodurch Preisrücklagen bis zu 25 Prozent entstanden. In dieser Entwicklung besteht zu erwarten, haben sich die

fünf größten Packpapierfabriken Polens im September 1929 zu einem Kartell zusammengeschlossen, dessen Aufgabe nicht nur in der Normierung der Preise, sondern auch in der Regelung der Produktion besteht, so daß mit weiteren Einschränkungen der Packpapierproduktion gerechnet werden kann.

Wie überall, so drücken auch in Polen die Papierarbeiter die Leidtragenden der mangelhaften Rationalisierung und Produktionssteigerung sein. Den massenhaften Arbeiterentlassungen dürfte der Lohndruck folgen, den aufzuhalten die polnischen Papierarbeiter bei ihrem schlechten Organisationsverhältnis kaum in der Lage sein werden.

Die Ehe der Ruhrwerke in Arnaberg.

„Das Arbeitsverhältnis ist mit einer Ehe zu vergleichen. Wie in dieser, so kommt es auch einmal in der Arbeit zu Streitigkeiten.“

Dieser schöne Satz wurde ausgesprochen bei einer Jubilärfete der Ruhrwerke in Arnaberg, Abteilung des Feldmühlkonzerns. Es galt die Ehrung der Jubilare mit 10, 20 und 25 Dienstjahren. Mit den Streitigkeiten ist der Streik im Vorjahre gemeint. Bei ehelichen Streitigkeiten, die fast nie neun Wochen anhalten, tritt wieder der häusliche Frieden ein. Anders aber bei den Ruhrwerken. Nicht nur die Prämiensätze wurden herabgesetzt, sondern eine Anzahl Arbeiter nicht wieder eingestellt, entgegen der Vereinbarung bei Beendigung des Streiks. Die Nichtwiedereingestellten haben über die harmonische Ehe ihre eigenen Gedanken.

Von den Jubilaren waren 21 seit 10 Jahren, fünf seit 20 Jahren und drei seit 25 Jahren bei den Ruhrwerken beschäftigt. In dem mit der schwarzenweißen Feldmühlensfabrik geschmückten Saale war zur Ehrung der Jubilare die Tafel gedeckt. Man überreichte den Jubilaren mit 10jähriger Dienstzeit ein Sparkassenbuch über 20 Mk. lautend, denjenigen mit 20 Jahren ein solches über 50 Mk. und denjenigen mit 25 Jahren ein solches über 100 Mk. Sieben Gänge wurden gereicht. Wie manches Proletariat mag da gewünscht haben: „Unser heutiges Brot gib uns täglich.“ Wie froh wären die Arbeiterfrauen, wenn sie ihren von der Arbeit beimkommenden Männern täglich ein besseres Essen vorsetzen könnten. Aber die Löhne der Papierarbeiter reichen ja bekanntlich nur zur Befreiung des notwendigen Lebensunterhaltes. Bei vielen mag der Wunsch vorhanden sein, das Geld sobald als möglich abgeben zu können, um es zu verwenden. Wie viele mögen aber auch berechnen haben: So viele Jahre stehe ich im Dienste. Noch war es mir nicht möglich, einen Spatzgroschen zu erübrigen. Werde ich dereinst unbrauchbar für die Arbeit, was dann?

Durch die politische Macht zur sozialistischen Wirtschaftsführung.

Das arbeitende Volk weiß, daß in einem hoch-industrialisierten Staat der Gebrauch der politischen Macht auch wirtschaftliche Macht verleihen kann, daß das Wirtschaften der Völker nicht von einzelnen, zugunsten einzelner bevormundet und gelenkt zu werden braucht, daß in einem demokratischen Staat nicht gewirtschaftet werden muß um der Wirtschaft willen, nicht produziert werden muß um der Produktion willen, sondern daß es um der Wohlfahrt des Volkes willen in erster Linie geschehen kann, unbekümmert um die Interessen einzelner. Die demokratischen arbeitenden Massen lernen durch den sachverständigen Gebrauch politischer und wirtschaftlicher Macht, daß schließlich die Menschen nicht nur leben sollen, um zu arbeiten, sondern aller Arbeit das Leben zum Ziel gesetzt werden kann, daß das Wirtschaften nicht Selbstzweck zu sein braucht, sondern ein dienendes Instrument der Volkswohlfahrt sein kann und sein soll, und daß das Kapital und seine Sachwalter Diener sein sollen und können, nicht aber Herren.

„Vorwärts“.

Daß bei der Feier von einem Beschäftigten eine Anstandsrede gehalten wurde, versteht sich am Ende.

Daß auch die Werkleitung des Feldmühlkonzerns ihren Senf dazu gab, versteht sich unter den geschützten Umständen von selbst. Zum Ausbau der Zeitung ist die Mitwirkung jedes Beschäftigten erwünscht. Etwas Wünsche unterbreite man der Schriftleitung. Diese wird bestrebt sein, allen gerecht zu werden.

Sehr schön. Aber besteht nicht die Gefahr, daß wirkliche Stimmungsbilder aus dem Betriebe in das Redaktionskrematorium wandern? Oder der Verfasser in die Fremde?

Arbeitskollegen! Laßt euch nicht durch solche Feiern ablenken! Wollt ihr ein freies Menschenwürdiges Leben, so müßt ihr es euch erkämpfen. Das kommt ihr aber nur, wenn ihr euch zusammenschließt. Dadurch sichert ihr euch bessere Löhne und seid auch für das Alter versichert. Die überreichten Diplome sind in euren alten Tagen nur wertloses Papier.

Darum hinein in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands!

Nahrungsmittel-Industrie

60 Jahre Margarineindustrie.

Deutschland ist das Land, in dem die meiste Margarine erzeugt wird. Ohne die Margarine würde die Fettversorgung Deutschlands heute auf starke Schwierigkeiten stoßen, und doch ist dieser Industriezweig noch verhältnismäßig jung. Die Erfindung der Margarine ist auf die Initiative Napoleons III. zurückzuführen. In der Voraussetzung, daß die Landwirtschaft in Industrieländern nicht in der Lage sein werde, den Bedarf an Fettstoffen zu decken, beauftragte Napoleon III. im Jahre 1868 den Chemiker Mege Mouriés damit, den Versuch zu unternehmen, ein billiges, brauchbares Ersatzmittel für Butter zu schaffen.

Mouriés ging bei seinem Versuch von dem Standpunkt aus, daß das tierische Fett dieselben Bestandteile enthalten müsse wie die Butter selbst, da ja das Butterfett in Form von Milch aus dem Tierkörper abgefordert wird. Er sagte sich daher, daß die Umwandlung der tierischen Fettteile zu Butter auch auf mechanischem Wege möglich sein müsse. Er ließ das tierische Fett nach langen Fütterversuchen schmelzen, klären und kristallisieren und gewann so aus dem kristallisierten Fett das Oleomargarin. Dieses wurde dann mit Milch vermischt und so entstand ein butterähnliches Produkt. Es war also dem Forscher gelungen, innerhalb eines Jahres das wichtige Problem zu lösen, die Kunst- oder Spatbutter war erfunden. Natürlich war auch hier von der Erfindung bis zur praktischen Auswirkung noch manche Schwierigkeit zu überwinden.

Merkwürdigerweise wurde nun diese Erfindung nicht zuerst in Frankreich ausgenutzt. Nach der Literatur erwarb A. Jurgens in Osh das Patent, und in Osh (Holland) wurde so die erste Margarinefabrik erbaut. Man kann sagen, daß die erste Kunst- und Streckbutter zu Anfang 1870 erzeugt wurde, so daß wir zu Beginn dieses Jahres auf ein 60jähriges Bestehen der Margarineerzeugung zurückblicken. Selbstverständlich mußten nun erst alle die Kinderkrankheiten durchgemacht werden, die jeder Industriezweig bei seiner Entstehung durchzumachen hat. Es dauerte noch eine geraume Zeit, bevor in Deutschland Margarine erzeugt wurde. Die erste deutsche Margarinefabrik — die Adler-Werke — wurde 1872 in Frankfurt a. M. gegründet. Der Betrieb entwickelte sich zunächst sehr langsam und ist in späteren Jahren auch nicht zu großer Bedeutung gelangt. Die Fabrik ist vor zirka zweieinhalb Jahren durch die Konzerne stillgelegt worden. Im Jahre 1888 baute die Firma Jurgens u. Prinzen in Goch, und im gleichen Jahre errichtete die Firma van den Bergh in Cleve je eine Margarinefabrik. Diese Werke gehören noch heute zu den größten Betrieben in Deutschland. Die beiden Konzerne Jurgens u. Prinzen und van den Bergh sind heute zu einer Union vereinigt und beherrschen mit ihren Betrieben in Deutschland gut 80 Prozent der Margarineerzeugung.

Ging der Erfinder der Margarine vom tierischen Fett als Rohstoff aus, so ist im Laufe der Jahre bei dem Rohstoffverbrauch zur Margarineerzeugung ein starker Wandel eingetreten. Wohl wurde noch lange die Margarine zum großen Teil aus Rinderfett hergestellt, aber bald stellte sich heraus, daß man auch Pflanzenfette zur Margarineerzeugung verwenden könne. Deutschland entwickelte sich immer mehr von einem Agrar- zu einem Industriestaat. Wir waren somit immer mehr auf die Einfuhr von Fettstoffen, auch zur Margarineerzeugung, angewiesen, und so wurde auch zur Verwendung pflanzlicher Fette zur Margarineerzeugung ge-griffen. Durch den letzten Krieg wurde diese Umwandlung bei der Versorgung mit Rohstoffen bedeutend gefördert.

Deutschland war schon vor dem Kriege stark auf die Fetteinfuhr angewiesen. Durch den Krieg wurde die Zufuhr unterbunden. Tierische Fette standen also zur Margarineerzeugung kaum zur Verfügung. Hinzu kam, daß es bereits vor dem Kriege gelungen war, aus flüssigen pflanzlichen Ölen durch ein Härungsverfahren ein neutrales Hartfett herzustellen. Erste Vorbedingung bei der Margarineerzeugung war nun eine feste, streichfähige Konsistenz. Diese könnte von flüssigem Öl allein nicht erzielt werden. Nachdem es aber gelungen war, auch das Pflanzenfett zu härten, konnte man auch ohne feste tierische Fette aus Pflanzenfett allein eine feste, streichfähige Ware herstellen. Die Not und die Erfahrungen des Krieges drängten dazu, dieses Verfahren zu verbessern und auszubauen, und seitdem haben wir einen starken Wandel bei der Rohstoffversorgung zugunsten der Pflanzenfette zu verzeichnen. In den letzten Jahren vor dem Kriege wurden in Deutschland bei der Margarineerzeugung noch rund 60 Prozent tierische Fette und etwa 40 Prozent pflanzliche Fette verwandt. Gegenwärtig verwendet man bei der Margarineerzeugung schon wesentlich über 80 Prozent Pflanzenfette. Das tierische Fett ist also bei der Margarineerzeugung sehr stark zurückgedrängt worden. Es geht hier wie bei allen Erfindungen; von der ursprünglichen Produktion ist man sehr stark abgewichen, und es dürfte nicht mehr allzu lange dauern, daß die Margarine fast nur noch aus Pflanzenfetten hergestellt wird.

Die betriebliche Entwicklung in der Margarineindustrie war, wie in allen anderen Industriezweigen, im Laufe der Jahre starken Schwankungen unterworfen. Der Umfang dieses Industriezweiges erscheint nach der Zahl der Betriebe und der Beschäftigten nur klein. Da es sich aber um ein wichtiges Nahrungsmittel handelt, das hier hergestellt wird, so ist diese Industrie doch von erheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung. Es bestanden schon zu Anfang dieses Jahrhunderts Großbetriebe, die 1000 Beschäftigte und darüber zählten. 1913 gab es in Deutschland rund 130 Margarinefabriken mit 7500 bis 8000 Beschäftigten. In der Nachkriegszeit haben sich Betriebe und Beschäftigtenzahl nach wiederholten Feststellungen durch uns wie folgt entwickelt:

Es arbeiteten:

1920	69 Betriebe mit 9 266 Beschäftigten
1921	80 Betriebe mit 14 814 Beschäftigten
1923	94 Betriebe mit 13 072 Beschäftigten
1927	80 Betriebe mit 9 131 Beschäftigten
1929	62 Betriebe mit 7 833 Beschäftigten

Unsere Feststellungen weichen von den Feststellungen der Arbeitgeber manchmal etwas ab. Im ganzen aber ergeben unsere Zahlen ein richtiges Bild von der betrieblichen Entwicklung der Industrie. Zur Zeit dürften die arbeitenden Margarinefabriken 60 kaum übersteigen. Die Anzahl der Betriebe ist demnach gegenüber 1913 stark zurückgegangen; die Beschäftigtenzahl ist gegenwärtig eine Kleinigkeit höher als 1913. Danach könnte es den Anschein haben, als sei auch die Produktion geringer oder doch nicht wesentlich höher als 1913. Das trifft jedoch nicht zu.

Die Margarineerzeugung betrug nach den verschiedensten Schätzungen im Jahre 1913 240 000 bis 250 000 Tonnen. Sie ging durch den Krieg sehr zurück, ist aber inzwischen stark gestiegen. Nach Angabe von Sachverständigen aus der Industrie stellen sich die Margarineerzeugung und der Verbrauch in Deutschland in den letzten Jahren wie folgt:

Es wurden verbraucht:

1927	450 000 Tonnen
1928	470 000 Tonnen
1929	470 000 Tonnen

Die Einfuhr von Margarine nach Deutschland ist unbedeutend, die Ausfuhr ebenfalls, so daß sich Verbrauch und Produktion ungefähr decken. Danach steht fest, daß die Margarineerzeugung gegenwärtig rund das Doppelte von 1913 beträgt. Die Zahl der Betriebe aber ist von 130 auf rund 60 vermindert. Die Zahl der Beschäftigten ist ungefähr die gleiche wie 1913. Die Arbeitszeit ist heute rund 20 Prozent niedriger als 1913. Daraus ist ersichtlich, daß die

Industrie in den letzten Jahren technisch stark umgestellt hat. In den Jahren 1921/22 war diese technische Umstellung noch nicht erfolgt. Die Produktion betrug damals ungefähr 450 000 Tonnen; die Beschäftigtenzahl aber betrug beinahe 15 000. Die Zahl der Beschäftigten ist also gegenüber dem höchsten Stand um rund die Hälfte vermindert, während die Produktion sogar noch etwas gestiegen ist. Neben der Umstellung auf andere Rohstoffe hat also eine starke Umstellung in technischer und organisatorischer Beziehung stattgefunden. Das dürfte sehr zum Vorteil der Industrie erfolgt sein.

Die Produktionszahlen beweisen aber auch die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Industriezweiges. Je mehr sich Deutschland aus einem Agrar- zu einem Industriestaat entwickelt, um so mehr sind wir auf die Einfuhr von Fetten aus dem Auslande angewiesen. Dazu kommt, daß der technische Umstellungsprozeß und das durch ihn hervorgerufene schnellere Tempo der Arbeit (Anpassung des Menschen an die Maschine) einen größeren Fettbedarf für die menschliche Ernährung erfordert, so daß unser Fettverbrauch an sich gestiegen ist. Diesen erhöhten Fettbedarf in genügsfähigem Zustande zu decken, dazu hat die Margarineindustrie mit beigetragen. Wenn man bedenkt, daß der gesamte Weltmarkt von Land zu Land für Butter ungefähr 480 000 Tonnen beträgt, so würde dieses Quantum ungefähr ausreichen, den Margarinebedarf in Deutschland zu ersetzen.

Wir führten in Deutschland im Jahre 1913 rund 54 000 Tonnen Butter ein und erzeugten daneben 240 000 Tonnen Margarine. Im Jahre 1929 aber führten wir 134 000 Tonnen Butter ein und erzeugten daneben 470 000 Tonnen Margarine. Trotzdem also die Margarineerzeugung 1929 rund das Doppelte beträgt wie 1913, ist auch die Buttereinfuhr um mehr als das Doppelte gegenüber 1913 gestiegen. Wäre es also nicht gelungen, pflanzliche Fette in so großem Umfange der menschlichen Ernährung dienstbar zu machen, dann müßte entweder mehr Butter in Deutschland selbst erzeugt werden oder unser Einfuhrquantum an Fetten wäre viel größer. Das würde aber zweifellos eine starke Preissteigerung bei den Fetten zur Folge haben.

Wer ist nun der Hauptabnehmer für Margarine? Es darf ruhig gesagt werden, daß die Margarine im Laufe der Jahre immer mehr die Butter des armen Mannes geworden ist. Das wird auch bestätigt durch eine Erhebung, die das Reichsstatistische Amt bei 964 Arbeitern, 559 Angestellten und 509 Beamten sowie 4 sonstigen Haushaltungen vorgenommen hat. Bei dieser Umfrage ist auch festgestellt, wie es mit dem Verbrauch der Margarine anteilig zu der Butter steht. Bei der Berechnung wird das Einkommen des Haushaltes, umgerechnet auf eine Vollperson, zugrundegelegt. Im Vergleich des Margarineverbrauchs zum Butterverbrauch ergibt sich folgendes Zahlenbild:

Personaleinkommen:	Butter Kilo	Margarine Kilo
unter 800 Mk. (unter 2500 Mk. je Haushalt)	2,7	10,83
von 800 bis 1000 Mk. (von 2500 bis 3000 Mk. je Haush.)	4,3	17,48
von 1000 bis 1200 Mk. (von 3000 bis 3600 Mk. je Haush.)	5,3	21,80
von 1200 bis 1500 Mk. (von 3600 bis 4300 Mk. je Haush.)	7,4	30,66
über 1500 Mk. (über 4300 Mk. je Haushalt)	10,1	42,08

Die Tabelle zeigt, daß der Margarineverbrauch bei höherem Einkommen niedriger und bei niedrigem Einkommen höher wird. Das umgekehrte Verhältnis trifft bei der Butter zu.

Noch deutlicher zeigen das die nachfolgenden bildlichen Darstellungen.

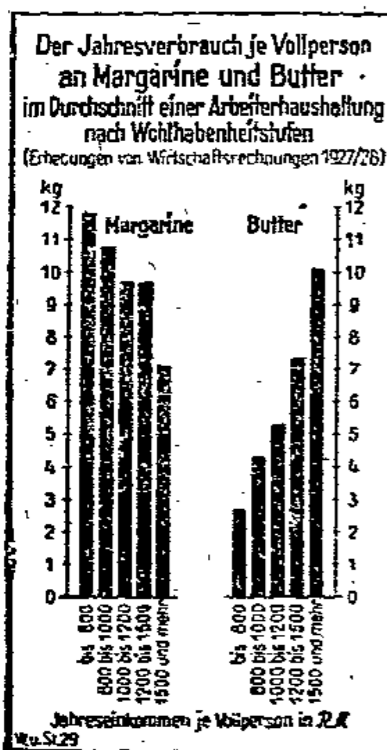


Schaubild I

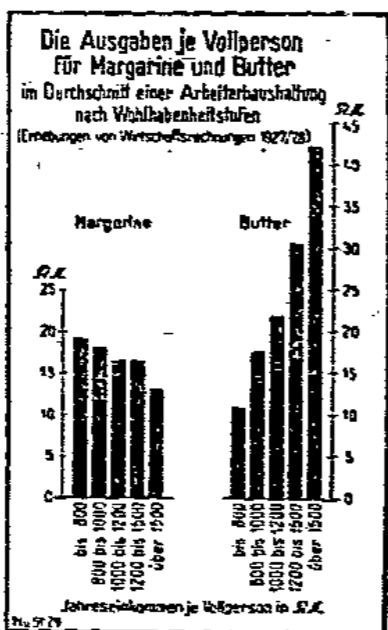


Schaubild II

Das Schaubild I zeigt eine starke Steigerung des Margarineverbrauchs bei sinkendem Einkommen, während der Butterverbrauch bei steigendem Einkommen steigt. Schaubild II stellt die Ausgaben pro Vollperson für Butter und Margarine dar. Trotzdem der Margarineverbrauch mengenmäßig bei den niedrigsten Einkommen ungefähr viermal so hoch ist wie der Butterverbrauch, steht er im Preiswert auch bei der ärmeren Bevölkerung nicht ganz doppelt so hoch wie bei Butter. Da haben wir auch den Schlüssel dafür, warum der arme Mann in erster Linie Margarine isst. Sie ist billiger als Butter. Die Margarineindustrie verdankt also vorwiegend zwei Faktoren ihren Aufschwung. Zunächst dem Umstand, daß wir in Deutschland nicht soviel Fette erzeugen wie wir brauchen. Nachdem es der Margarineindustrie gemeinsam mit der Ölindustrie gelungen war, infolge technischer und wissenschaftlicher Forschung Margarine aus reinem Pflanzenfett oder vorwiegend aus Pflanzenfett herzustellen, stehen ihr weitere Rohstoffquellen offen. Dazu kommt als zweites, daß aus diesen Rohstoffen ein brauchbares Speisefett hergestellt werden kann, das wesentlich billiger ist als Butter. Die Kaufkraft der minderbemittelten Schichten reicht nicht aus, um die teure Butter zu kaufen.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß die Margarineindustrie mit ihrer Entwicklung, die sie an ihrem 60. Geburtstag vorfindet, wohl zufrieden sein kann. Wollte jemand den Versuch unternehmen, die Margarineindustrie zu beseitigen, dann müßte er dafür sorgen, daß die 470 000 Tonnen Fette, die sie zu menschlichem Genuß brauchbar macht, anderweitig ersetzt würden. Das könnte nur durch Hebung der Eigenproduktion oder durch vermehrte Einfuhr geschehen. Beides würde aber eine so starke Verteuerung der tierischen Fette bringen, daß man danach trachten müßte, die Margarine zu erfinden, wenn sie heute noch nicht da wäre.

Nicht so zufrieden ist die in der Margarineindustrie beschäftigte Arbeiterschaft mit der Entwicklung. Durch Technisierung und Umorganisation ist die Arbeiterschaft in den Betrieben immer stärker angepannt worden. Die Zahl der Beschäftigten ist von dem höchsten Stande, den sie 1921 erreicht hatte, um rund die Hälfte abgebaut worden. Die Produktion ist aber gegenüber 1921 noch gestiegen. 1913 wurde mit 7500 bis 8000 Beschäftigten eine Warenmenge von 240 000 Tonnen hergestellt. Gegenwärtig bei fast gleicher Zahl der Beschäftigten ist die Produktion rund doppelt so hoch. Eine große Anzahl Betriebe ist stillgelegt. Das hat starke Verbitterung unter der Arbeiterschaft ausgelöst. Die Margarinearbeiterschaft hat aber am 60. Geburtstag ihres Industriezweiges den Wunsch, daß die Arbeitgeber auch daran denken mögen, daß sie diesen Aufschwung einer tüchtigen Arbeiterschaft und der minderbemittelten Bevölkerung überhaupt verdankt. E. Senkfeil.

Mehr als 3 1/2 Millionen Arbeitslose

bieten auf dem deutschen Arbeitsmarkt ihre Arbeitskraft an. Weißt du, welche Summe von Elend und Not, von Jammer und Entbehrung sich in diesen Zahlen ausdrückt? Weit über drei Millionen Menschen, die unfähig sein müssen, weil die privatkapitalistische Wirtschaft ihnen keinen Verdienst geben kann. Wieviel verhärmte Frauen, wieviel Millionen hungernder Kinder kommen noch hinzu? Willst du zu deinem Teil dieses ungeheure Leid lindern, diese furchtbare Not mindern helfen, schicke dich den freien Gewerkschaften an, strebe für Verminderung der Arbeitszeit und, wenn du irgend kannst,

vermeide alle Überstunden!

Verschiedene Industrien

Einfuhr von ausländischen Spielwaren nach Deutschland.

Schon in der Vorkriegszeit wurden beträchtliche Mengen ausländischer Spielwaren nach Deutschland eingeführt und verkauft. In den ersten Nachkriegsjahren bis Ende 1923 war die Einfuhr von geringer Bedeutung. Erst 1924, nach der Stabilisierung der Mark kann wieder von einer namhaften Einfuhr von ausländischen Spielwaren nach Deutschland die Rede sein. Die Einfuhrentwicklung kommt zahlenmäßig von 1913 an wie folgt zum Ausdruck:

1913	6 440 Doppelz. im Werte von 1 160 000 Mk.
1924	3 438 Doppelz. im Werte von 756 000 Mk.
1925	6 127 Doppelz. im Werte von 2 769 000 Mk.
1926	4 529 Doppelz. im Werte von 2 093 000 Mk.
1927	6 915 Doppelz. im Werte von 2 894 000 Mk.
1928	8 539 Doppelz. im Werte von 3 410 000 Mk.
1929	10 495 Doppelz. im Werte von 4 243 000 Mk.

Die Einfuhr ausländischer Spielwaren nach Deutschland hat sich demnach gegenüber 1913 mengenmäßig um 4055 Doppelzentner im Werte von 3 083 000 Mk. erhöht. 1926 war die Einfuhr mengenmäßig unter die Vorkriegseinfuhr von 1913 zurückgegangen. Sie betrug 4529 Doppelzentner im Werte von 2 093 000 Mk. Seit diesem Zeitpunkt hat sich die Einfuhr um 5966 Doppelzentner im Werte von 2 150 000 Mk. erhöht. Mengen- und wertmäßig betrachtet ist die deutsche Ausfuhrsteigerung von 1926 an höher als die oben gezeigte Einfuhrsteigerung.

Die Beobachtung der Einfuhr ausländischer Spielwaren nach Deutschland konnte erst vom 1. Juli 1929 an vorgenommen werden. Das lag daran, daß die deutsche Spielwarenzollstatistik alle Spielwaren in einer Rubrik aufführte. Seit dem 1. Juli vergangenen Jahres ist die deutsche Zollstatistik differenziert nach Warengruppen, Ländern und Werten. Die Warengruppen zergliedern sich in Kautschuk-, Zelluloid-, Holz- und Metallspielwaren, in Puppen, sonstige Spielwaren und Christbaum schmuck. Die Auswertung der bis jetzt vorliegenden Tabellen, Juli/September 1929, ermöglicht wichtige Feststellungen in der Ein- und Ausfuhr von Spielwaren.

An der Spielwareneinfuhr im 2. Halbjahr 1929 beteiligten sich die hauptsächlich in Frage kommenden Länder wie folgt:

Österreich	1735 dz im Werte von 415 000 Mk.
Japan	1559 dz im Werte von 400 800 Mk.
Tschechoslowakei	2426 dz im Werte von 392 800 Mk.
Ungarn	517 dz im Werte von 233 800 Mk.
Großbritannien	797 dz im Werte von 218 400 Mk.
Schweiz	414 dz im Werte von 139 000 Mk.
Frankreich	957 dz im Werte von 129 500 Mk.
Lettland	702 dz im Werte von 112 000 Mk.
U. St. v. Amerika	350 dz im Werte von 88 800 Mk.

Diese Zusammenstellung kann über das Jahr 1929 kein genaues Bild ergeben, weil nur die Einfuhr während des letzten halben Jahres zugrundegelegt worden ist. Unter Zugrundelegung der Jahresmengen und -werte dürften sich Änderungen in der Reihenfolge der Länder ergeben.

Durch die Differenzierung der Zollstatistik ist es nunmehr möglich, festzustellen, welche Spielwarenarten eingeführt werden und aus welchen Ländern sie stammen; allerdings ist das auch erst vom 1. Juli des vergangenen Jahres an möglich. Das vollständige Jahresergebnis der Einfuhr an Spielwaren nach Deutschland liegt nur für die Zelluloid- und Kautschukspielwaren vor. Es wurden eingeführt im Jahre 1929 an Kautschukspielwaren: 2467 Doppelzentner im Werte von rund 1 156 000 Mk. Das bedeutet 27 Prozent der Gesamteinfuhr an Spielwaren dem Werte nach. Folgende Länder beteiligten sich an der Einfuhr von Kautschukspielwaren nach Deutschland:

Verein. Staaten von Amerika	für rund 315 000 Mk.
Ungarn	für rund 280 000 Mk.
Lettland	für rund 179 000 Mk.
Frankreich	für rund 169 000 Mk.
Österreich	für rund 136 000 Mk.
Belgien	für rund 67 000 Mk.
Großbritannien	für rund 60 000 Mk.
Schweden	für rund 48 000 Mk.

Den Hauptanteil der Einfuhr (51 Prozent) bestreiten die Vereinigten Staaten von Amerika und Ungarn. Aus Amerika werden vor allem Luftballone eingeführt, aus Ungarn in der Hauptsache aufblasbare Figuren.

An Zelluloidspielwaren wurden 1929 nach Deutschland eingeführt: 1243 Doppelzentner im Werte von rund 864 500 Mark; das sind 20 Prozent der Gesamteinfuhr im Jahre 1929. An der Einfuhr beteiligten sich vorzugsweise:

Japan	mit rund 743 000 Doppelzentner
Großbritannien	mit rund 44 000 Doppelzentner
Frankreich	mit rund 23 000 Doppelzentner
Österreich	mit rund 5 600 Doppelzentner
Italien	mit rund 12 600 Doppelzentner
Tschechoslowakei	mit rund 4 100 Doppelzentner

Diese Zusammenstellung zeigt, daß Japan fast neun Zehntel der Einfuhr von Zelluloidspielwaren nach Deutschland liefert. Dazu muß allerdings gesagt werden, daß ein beträchtlicher Teil der eingeführten billigen japanischen Zelluloidspielwaren und Puppen nur Durchgangsware ist. Sie wird zum Teil in Deutschland verarbeitet und wieder als billiger deutscher Massenartikel ausgeführt.

Holzspielwaren wurden vom 1. Juli 1929 an nach Deutschland eingeführt: 1909 Doppelzentner im Werte von 573 000 Mark. Das sind 24 Prozent der in der zweiten Jahreshälfte 1929 nach Deutschland eingeführten Spielwaren. Die Gesamteinfuhr im zweiten halben Jahre des vergangenen Jahres betrug 6095 Doppelzentner im Werte von 2 332 000 Mk. An der Einfuhr von Holzspielwaren haben sich hervorragend beteiligt:

Tschechoslowakei	mit 250 900 Mk.
Österreich	mit 248 000 Mk.
Schweiz	mit 13 700 Mk.
Großbritannien	mit 12 200 Mk.
Rußland	mit 11 500 Mk.
Frankreich	mit 6 400 Mk.
Japan	mit 5 700 Mk.
Niederlande	mit 5 500 Mk.
Italien	mit 4 400 Mk.

Die Zusammenstellung läßt erkennen, daß die Tschechoslowakei und Österreich den Hauptteil an Holzspielwaren nach Deutschland einfuhrten. Rund 87 Prozent der Gesamteinfuhr der Holzspielwaren nach Deutschland kommen für beide Länder in Frage.

Die Einfuhr in Menge und Wert der im zweiten Halbjahr 1929 eingeführten Metallspielwaren beziffert sich auf 943 000 Doppelzentner im Werte von 319 000 Mk. Das sind 13 Prozent der gesamten Spielwareneinfuhr im zweiten Halbjahr 1929. An der Einfuhr beteiligten sich Großbritannien im Werte von 110 900 Mk., die Tschechoslowakei mit 92 600 Mk., die Schweiz mit 65 400 Mk., die Vereinigten Staaten von Amerika mit 8900 Mk., Italien, Österreich, Frankreich und Japan zusammen mit 28 400 Mk.

Die Einfuhr von Puppen nach Deutschland betrug im zweiten Halbjahr 1929 nur 87 Doppelzentner im Werte von 53 200 Mk. Das sind wertmäßig 2 Prozent der Spielwareneinfuhr in der genannten Zeitperiode. An der Einfuhr beteiligten sich Japan, Italien, Österreich, Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Tschechoslowakei und Frankreich. Die geringe Einfuhr von Puppen nach Deutschland läßt erkennen, daß sich die deutsche Puppenindustrie ihre Monopolstellung wieder errungen hat.

An sonstigen Spielwaren wurden in der Zeit von Juli bis Dezember 1929 781 Doppelzentner im Gesamtwerte von 283 242 Mk. eingeführt. Unter die Rubrik „Sonstige Spielwaren“ fallen Stoffspielwaren, Papierpielwaren und Kindersportspielzeuge. An der Einfuhr beteiligten sich nachstehende Länder wie folgt:

Österreich	mit rund 116 700 Mk.
Tschechoslowakei	mit rund 37 700 Mk.
Japan	mit rund 31 700 Mk.
Niederlande	mit rund 21 100 Mk.
Großbritannien	mit rund 17 700 Mk.
Schweiz	mit rund 14 500 Mk.
Frankreich	mit rund 13 400 Mk.

Die Einfuhr von Christbaum schmuck beträgt im zweiten Halbjahr 1929 313 Doppelzentner im Werte von 74 400 Mk. An der Einfuhr beteiligten sich die Schweiz mit 39 000 Mk., Frankreich mit 12 000 Mk., Holland mit 8500 Mk., Österreich mit 2900 Mk. und die Tschechoslowakei mit 2000 Mk. Die Gesamteinfuhrmengen an Christbaum schmuck des Jahres 1929 lassen sich nicht genau feststellen, da die Einfuhr in der Gesamteinfuhr von 4 243 000 Mk. mit inbegriffen ist.

Die deutsche Spielwarenausfuhr betrug 1929 463 039 Doppelzentner im Werte von 120 937 000 Mk., die Spielwareneinfuhr nach Deutschland 10 495 Doppelzentner im Werte von 4 243 000 Mk. Gemessen an der Ausfuhr beträgt somit die Einfuhr der Menge nach 2,3 Prozent und dem Werte nach 3,5 Prozent. Dieser Zustand ist erträglich zu nennen im Vergleich zu anderen Exportindustrien.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Die Mädchenhändlerin.

Skizze von Hedda Wagner.

Die kleine Migi hatte ein großes Unglück gehabt. Sie war aus dem Fenster gestürzt, gerade als sie daran war, die großen Schelben wieder blühend zu machen. Mein Gott — wie's eben geht, wenn man alle Hände voll zu tun hat, daß man weiß, hinter jeder Arbeit lauert schon wieder eine neue — und hat es eilig, eilig. Und weil Migi die gnädige Frau von der Küche her um etwas rufen hörte, fing sie an, sich vor lauter Dienstwilligkeit zu tummeln — trat ins Leere — und das Unheil war da.

Jetzt lag sie im Spital und sah ihrer Genesung entgegen. Das Unglück hätte größer sein können: weicher Sandboden hätte sie aufgefangen, so daß der Sturz keinen Knochen gebrochen hätte. Aber eine Gehirnerschütterung hatte es gegeben; ein paar Tage Bewußtlosigkeit folgten, eine schlimme Woche mit Kopfschmerzen und Uebelbefinden, aber jetzt war die Achtzehnjährige, dank ihrer gesunden Natur, schon über alle Gefahr hinweg.

Jetzt, wo der Kopf nicht mehr so dumpf schmerzte, die Glieder nicht mehr so jämmerlich weh taten, gefiel es der Migi ganz gut in dem weißen, sauberen Spitalbett. Sie durfte noch nicht aufstehen, die Kräfte mühten erst vollständig wiederkehren, hatte der freundliche alte Arzt gesagt, aber sie war es vorderhand ganz zufrieden, in diesem freundlichen Gemach einmal ausruhen zu können und sich pflegen zu lassen. Das arme Proletariatsmädchen, das sich seit seinem 14. Lebensjahre sein Brot erwirbt, war ja nicht verwöhnt. Und hier waren ja auch alle so gut zu ihr. Die Schwestern, der Doktor, und es kamen ja auch Besuche: ein paar Bekannte und andere auch, denn der Unfall Migis hatte sich herumgesprochen, und so fanden gar manche der Leute, die im Spital Angehörige besuchten, auch zu Migi den Weg.

Besonders eine Frau war es, die sich Migis sehr annahm. Sie kam jeden zweiten Tag, und immer brachte sie was mit: ein Stückchen Gebäck, ein Sträußchen Rosen und Nelken, eine Tüte Kirschchen. Da sah die alte Frau mit den kleinen, gutmütig zwinkernden Augen neben Migis Bett, plauderte dies und jenes, indes sie wohlgefällig auf den von dunklem Haar umrahmten Mädchenkopf niedersah. Und als Migi sich an diesen Plaudereien beteiligen konnte, hatte die Frau gar bald alles heraus, was sie von Migi wissen wollte; daß sie eine Waise sei, ganz allein auf der Welt stehe — und daß sie jenen Posten, auf welchem sie verunglückt war, leider nicht mehr antreten könne — „die Gnädige habe halt schon wieder ein anderes Stabmädchen“.

Und Migi seufzte tief auf, runzelte ein wenig die Stirn. Aber die alte Frau sprach ihr begütigend zu. Sie sei dumm, wenn sie sich gräme, ein so hübsches, liebes Mädchen finde jederzeit einen guten Posten. Anständig und geschickt sei sie ja wohl, und was noch fehle, das lerne sie ja hinzu.

„Siehst, und grad für dich wüßte ich eine Stelle — einen ganz leichten und guten Dienst, nicht viel Arbeit, guter Lohn — verlaß dich nur auf mich. Nur — natürlich in dem arbeitsamen Gewand! — und sie wies auf den fadenscheinigen Rock und die bescheidene Bluse Migis, die diese heute trug — sie durfte zum ersten Male außer Bett sein —

„Also, in dem kannst du dich nicht vorstellen, da schaust nicht gar aus! Aber weißt du, wenn du hier entlassen wirst, dann kommst du auf ein paar Tage zu mir. Da gefällig mir gar so gut, auf ein paar hübsche Kleider soll's mir nicht ankommen. Ich hab' schon manchem solchen Mädchen ihr Glück gemacht!“

Und Migi nickte dankbar, indes sie in das feiste, wohlwollend grinsende Gesicht mit den listig blinzelnden Augen sah. Was es doch für gute Leute auf der Welt gab!

„Du kommst mir gleich dein Büchlein mitgeben“, drängte die Frau und legte ihre feste Hand auf Migis abgearbeitete schmale Finger. Und Migi wollte gerade sagen, daß sie heute noch die Schwester bitten werde, ihr dies Dokument anzufolgen, da trat die Pfliegerin, die im beginnenden Dämmerlichte unbemerkt nähergetreten war, rasch hinzu. Ihr Gesicht, das plötzlich einen strengen, unfreundlichen Ausdruck angenommen hatte, zeigte, daß sie das Gespräch Migis mit ihrer zudringlichen Gönnerin belauscht hatte.

„Sie werden der Migi ihr Büchlein lassen, wo es ist!“ sagte sie in einem nahezu drohenden Tone zu der Frau, die mit einem geistigen und doch eingeschüchterten Blick auf die Pfliegerin sich jetzt erhob und heisste trat. „Sonst könnte zulezt noch ein ganz anderes Büchlein daraus werden — und dafür ist uns die Kleine zu gut. Ich kenne Sie! Und überhaupt brauchen wir Ihre Besuche hier nicht, kommt nichts Gutes dabei heraus!“

Migi schaute ganz erschrocken auf die Pfliegerin. Wie konnte die sonst so grandante Frau Lori mit einem Male so böse sein? Sie begriff gar nichts, vor allem das nicht, daß die feiste, lächelnde Frau ihren Pompadour und Schirm zusammenraffte und mit ein paar gemurmelt Worten, die ebenfalls ziemlich zornig klangen, rasch den Krankenstuhl verließ.

Migi trante sich nichts zu sagen, aber ihr tragender Blick ruhte auf der Pfliegerin, die ihr jetzt ihre Abendmütze brachte. Und die schien zu erraten, was durch den Kopf des jungen Mädchens ging, denn sie sagte:

„Du hast immer Glück, Miger! Zuerst fällt — und es geht so glimpflich ab, und heute wäre noch ein größeres Malheur daraus geworden, wäre ich nicht gerade rechtzeitig dazugekommen.“

Und da Migi sie verständnislos ansah: „Weißt, wer die war? Eine Mädchenhändlerin. Die lockt die jungen Mädchen an sich, verspricht ihnen das Paradies vom Himmel herunter, und das Ende ist die Schande und das Spital.“

Als Migi nach ein paar Tagen das Spital verließ, da war sie nur ein Stückchen klüger und ausgeklärter geworden, dank der Belehrungen Frau Loris. Was wußte auch das unschuldige Mädchen vom Großstadtleben? — Und sie war jetzt für ihr ganzes Leben und bei gulernd, gut auf sich achtzugeben.

Aber wie viele arme Migis gibt es, die finden kein freundliches, warnendes Wort, die laufen in die vergoldete Falle, die sie zerrafft und verwandelt und erst wieder freigibt, wenn ihr armes Dasein von Grund auf verwestet ist.

Liliputaner.

Mit der kleinen „Liliputaner“ bezeichnet man ungewöhnlich kleine Menschen, die auch, wenn sie voll ausgewachsen sind, nur die Größe von Zwergen haben. Viele von diesen kleinen Leuten gehen zu Welt der Artisten und Zirkusleute, um sich durch Schaustellen ihres Lebensunterhalt zu verdienen, und häufig genug zeigen sie als Lärmer, Seiltänzer, Akrobaten usw. eine erstaunliche Geschicklichkeit.

Der biologische Fortschritt ist es bislang nicht gelungen, die eigentlichen Gründe für die zurückgebliebene Entwicklung dieser Zwerggeister unter den Menschen zu finden. Natürlich gibt es z. B. in Afrika primitive Zwergvölker, die weit weg von allen anderen Menschen tief im Innern des Landes und von den übrigen Völkern weit entfernt in einer primitiven Kampfesweise mit vergifteten Pfeilen aufeinander gefürchtet werden. Manche Ärzte meinen, daß der kleine Wuchs von bei uns vorkommenden „Liliputanern“ wahrscheinlich auf zu starke oder zu schwache Entwicklung der Schilddrüse zurückzuführen ist.

Liliputaner heiraten untereinander, doch gibt es auch, allerdings sehr selten, Annahmefälle. Die war 30 Zentimeter große Liliputanerin Frau Meyer, eine bekannte Artistin, heiratete vor 25 Jahren in Amsterdam den vierfachen Wilhelm Meyer. Ihr Gatte ist 1,65 Meter groß, von normaler Statur und kräftig gebaut. Dem Paare wurde schon bald eine Tochter geboren. Diese ist heute 25 Jahre alt. Ein hübsch gewachsenes Fräulein von normaler Größe.

Die kleine Frau Meyer hat dem Berichterstatter der englischen Zeitschrift „Tit-Bits“ allerlei aus ihrem Leben erzählt. Auf die Frage, ob Liliputanerinnen lieben können, antwortete sie:

„Selbstverständlich. Wir Liliputaner haben in bezug auf Liebe dieselben Gefühle wie andere Menschen. Mit 18 Jahren trat ich als Zwergakrobatin in Düsseldorf auf. Ich zeigte mich im Heben von Gewichten. Schon im Alter von drei Jahren wurde ich in dieser Kunst ausgebildet. Schon sehr bald konnte ich Gewichte von 10 Pfund heben, und später hob ich ohne Mühe das Dreifache meines eigenen Körpergewichts. Vater und Mutter waren Artisten, und so kam auch ich zu diesem Beruf. Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß meine Eltern und auch meine Groß- und Urgroßeltern Menschen von normaler Größe waren und es früher in meiner Familie überhaupt keine Zwerggeister gab.“

In Düsseldorf lernte ich Wilhelm Meyer, einen Löwenbändiger, kennen, der bei einer anderen Truppe tätig war. Wir lebten im gleichen Gasthof. Er war ein hübscher Mann, von gutmütigem Wesen und beherrschte sieben Sprachen. Ich sprach sechs Sprachen. Wir wurden Freunde, und schließlich hielt er um meine Hand an. Ich war natürlich etwas erstaunt und fragte ihn, was er an mir fände. Er aber sagte, daß meine Kleinheit ihn gar nicht störe, und er mich so recht von Herzen lieb hätte. Wir heirateten, und ich habe es niemals bereut. Seit 25 Jahren sind wir vereint, und nicht ein einziges Mal hatten wir Streit.“

Mit 18 Jahren ging ich die Ehe ein. Ich gab meinen Beruf auf und lebte nur noch als schaffende Hausfrau für meinen Mann. Ich kochte und wusch und machte alle Hausarbeiten. Aber es zog mich in das Artistenleben zurück. Ich versuchte es mit Erfolg als Schlangenbändigerin. Wir bereisten als Artisten viele Länder der Welt. Als ich der Geburt eines Kindes entgegen sah, kehrte ich in meine Heimat nach Amsterdam zurück.

Vier Monate vor der Geburt meines kleinen Mädchens ließ ich mich im Wilhelmina-Hospital zu Amsterdam aufnehmen. Sogleich fand ich das Interesse vieler Ärzte in Holland und im Ausland. Noch nie in der Geschichte der Menschheit hatte eine Zwergin einem normalen Manne ein Kind geboren. Mein sehnsüchtiger Wunsch war damals, daß mein Baby als normaler Mensch geboren und sich später als solcher entwickeln würde.

Am Tage der Geburt waren viele Ärzte und Gelehrte herbeigekommen. Man zeigte mir das Baby. Es war ein 12 Pfund schweres Mädchen und so groß, daß ich es kaum im Arm halten konnte. Zuerst habe ich damals gleich die Finger der Kleinen untersucht. Sie waren ungleich lang. Da wußte ich, daß mein Mädchen keine Liliputanerin werden würde, denn bei Babys von Zwergen sind die Finger alle gleich lang.

Das Baby wurde von der gesamten medizinischen Welt bewundert. Die junge Königin Wilhelmina kam mit der Königinmutter und nahm mein kleines Liebeskind auf den Arm. Man überschüttete das Baby mit Blumen und Geschenken. In der Taufe erhielt es den Namen Frieda.



Als Frieda heranwuchs, wurde auch sie Artistin. Sie hat dann ebenfalls einen Artisten geheiratet. Heute bin ich Großmutter und sicherlich wohl die kleinste Großmutter der Welt. Viel habe ich in Leben gesehen. Zuerst reiste ich als Kind mit Zirkus Vorzügen. Ich kenne alle europäischen Länder.

Körperlich reichte ich nicht an die Größe anderer Menschen heran, aber geistig fähle ich mich ihnen vollkommen ebenbürtig. Ich lese gern gute Zeitschriften und Bücher. Ich bin sehr musikalisch und habe eine große Vorliebe für Tiere. So bin ich also in vieler Beziehung wie jeder normale Mensch.“

Majestäten a. D.

Großgrundbesitzer, Säherjammeler, Parfümeriehändler, Hummngärtner und Kaufmann.

„Königsherrschaft, ein unsauberes Handwerk“, sagte der frühere König von Griechenland.

In früheren Jahren waren verachtete Existenzen nur unter gemäßigten Streblichen zu finden. Hier und da verachtete ab und zu auch einmal ein Minister, ein Staatsmann, ein Diplomat. Aber die Thronen standen im allgemeinen fest in dem Felsen der Majestäten verankert. Nach dem Kriege jedoch mußten auch die Majestäten von Gottes Gnade“ daran glauben. Wir haben es in Deutschland selbst erlebt. Wilhelm der Restliche mußte abdanken; schließlich verließ er sein Land und sein Volk.

Auch Awan Allah erging es nicht besser. Er unternahm seine große Reise durch Europa und wollte die europäische Kaiserin in der Heimat empfangen. Mittlerweile ist seine Herrlichkeit in Afghanistan stürzen gelassen; ein geschickter Abenteurer hat seinen Thron besetzt und Awan Allah, kaum aus Europa eingetroffen, mußte sich wieder nach dortin flüchten. Er ging nicht mit leeren Händen und ist jetzt wohlhabender Großgrundbesitzer in Italien.

Manuel, der König von Portugal, ist der Senior der verachteten Majestäten. Vor etwa 30 Jahren hatten ihn die portugiesische Republikaner aus dem Lande gewiesen. Er lebt jetzt in Twickenham (England) in seinem herrlichen Schloß und sammelt seltene Bücher. Seine Mutter, die Königin Anaia, wandert sich auf Reisen.

Ferdinand, König von Bulgarien, wurde aus seinem Lande vertrieben. Er verzichtete zugunsten seines Sohnes auf den Thron. Dann ging er in seine Heimat Koburg, wo er in einem prächtigen Schloß das Leben eines reichen Mannes führt. Er besaß sich mit Blumengärtnerei und hat, wie man sagt, nur einen Freund: seinen Hund.

Wie den Sturz der Hohenzollern, so erlebten wir auch das Ende der Habsburger Monarchie am Ende des verlorenen Krieges. Kaiser Karl IV. rettete sich nach dem Umsturz in die Schweiz, suchte dann durch einen Handschlag den ungarischen Thron zurückzuerobern, und schließlich flüchtete er nach Spanien, wo er an der „spanischen Krankheit“ starb. Er hinterließ acht Kinder und eine überaus ehrgeizige Witwe, die Erzkaiserin Zita, die ihren Sohn gern auf den ungarischen Thron bringen möchte. Sie lebt jetzt in Belgien, um das Studium ihrer Kinder zu überwachen.

Georg, der König von Griechenland, der Sohn Konstantins und der Königin Sophie, der Schwester Kaiser Wilhelms, verlor seinen Thron auch infolge des Krieges. Er ertrug die Veränderung seiner Lage mit philosophischer Ruhe. Er lebt jetzt in London in einem kleinen Hofel. Die Königin besorgt selbst den Haushalt, und Georg läßt sich mit „Herr“ titulieren. Er ist Republikaner geworden und will niemals mehr König sein. Denn die Königsherrschaft ist, wie er selbst einmal gesagt hat, ein „unsauberes Handwerk“ (A rotten job), das er einmal und nicht wieder ausüben möchte.

Der Schah von Persien liegt seit einem Jahr in einem Pariser Krankenhaus. Er regierte sein Land immer von Paris, das ihm auch seine Gesundheit raubte. Er war ein großer Frauenliebhaber. Seine Untertanen liebten ihn eines Tages sagen, er brauche überhaupt nicht mehr zurückzukommen. Er verzichtete auf die Einkünfte und blieb. Er richtete sich ein großes Parfümeriewarengeschäft in der Nähe der Pariser Oper ein. Dort konnte man ihn gelegentlich selbst die Kunden begrüßen sehen. Das Geschäft ging außergewöhnlich gut. Auch jetzt, nachdem es nach der Erkrankung des Schahs von einem Geschäftsführer geleitet wird, wirft es noch beträchtliche Verdienste ab.

Abdel Medjid, der türkische Sultan und Kalfat aller Muselmanen, lebt seit dem Umsturz an der Küste des blauen Mittelmeeres in Nizza. Er befreit Blumenkulturen, macht Musik und Gedichte und spielt in seinen freien Stunden Billard. Nur einige treue Haremstodamen verkürzen ihm die Langeweile...

Den Kranz der geschicktesten Majestäten beschließt der mächtigste aller Herrscher, der Kaiser von China, „Sohn des Himmels“ und letzter Abkömmling der Mandschu-Dynastie. Als sechsjähriges Kind zum Kaiser ausgerufen, wurde er mit sieben Jahren wieder vom Throne gestürzt. Er lebt jetzt in Peking unter dem Schutze der Großmächte als bescheidener Kaufmann. Die Zeiten haben sich geändert. S. F.

Mitten im Sturm.

Aus dem Nachlaß von Gerri Engelke.

Noch einmal ruhig Luft geschöpft,
nun fest den Mantel verknöpft;
draußen geht der Sturm.

Trepphinauf — straßendurch — ins Feld,
wo er frei sein Kraftlied gest,
der Sturm.

Den Hut ins Gesicht gezogen,
den Nacken hart vorgebogen!
Nun wühle, Sturm!

Kein Mensch — alle wie weggewischt.
Aber meinen Kopf hin brandet, zischt
der Sturm.

Doch seh:
ob auch die Windgewalt wütend stürme,
Wipfel, Gräser, Büsche ineinander pferche,
Grauwolken überfärbend türme:
winzig trillert eine Lerche
sturmstrotz oben in der Höh!

Literarisches.

Maria Pefeanis neuester Roman, „Frauen im Sturm“, rollt ein soziales Problem auf. Er behandelt die Not jener Frauen und Mädchen, die dem Erwerbskampf der Gegenwart nicht gewachsen sind und daher auf die schiefe Ebene geraten. Um höhere Löhne handelt es sich in dem Roman hauptsächlich, die sich einen Freund zulegen und sich von ihm aushalten lassen. Hat dann eine das Glück, ihren Freund gar in die Ehe mit ihr zu locken, dann wandelt sich die neue Madame, behandelt das Dienstoffbrot wie eben eine „bessere Frau“. Der Trottel von Ehemann, ein reichgewordener Plebejer, weiß sich nicht so gut zu benehmen. Er hat — in den Augen der Herrenkaste — den Mangel, daß er am liebsten den „Dienstoffboten“ die Hand zur Begrüßung geben möchte. Menschengüte und Schlichtheit sind „oben“ anscheinend schlechte Eigenschaften. Daß die Dienstoffboten stehlen, ergänzt diese Einstellung. Das Buch ist erschienen im Eulen-Verlag in Leipzig und kostet brochiert 2,50 Mk., in Ganzleinen gebunden 3,75 Mk.

Ein Kapp-Putsch-Roman. Der Roman „Ca ira“ von Erich Knauf ist jetzt bei der Bürgergilde Gutsenberg, Berlin, in der Dreimarkserie dieser Gemeinschaft der werktätigen Buchleser erschienen. Der Verfasser will nicht den Kapp-Putsch, sondern eine Episode aus diesem Putsch zum Roman gestalten. Wir erleben in diesem Buch wieder, wie die Reaktion die Bajonette aufmarschieren läßt, wie die Arbeiterregierungen stürzen, wie die Maschinen-gewehre ihre tödliche Litanei herunterrasseln, wie die Arbeiter aufstehen und die Republik und die Revolution mit ihren Leibern decken. Aber dann zeigt es sich wieder, daß die Arbeiter ihren Sieg nicht zu nutzen wissen. Hier können wir dem Verfasser nicht immer folgen. Die Arbeiterschaft hätte ihren Sieg nutzen können, auch ohne Waffen. Wenn sie ihn nicht voll ausnützte, so lag das an der Zerissenheit der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaftsbürokraten und Gewerkschaftsbüros waren vor den eigenen Klassengenossen nicht mehr sicher. Unter Anführung des Janhagels drangen sie wiederholt ein, demolierten und hießen mitgehen, was fragbar war. Die führenden Partei- und Gewerkschaftsmitglieder standen zum großen Teil auf der Liste derer, die an die Wand gestellt, also von den Klassengenossen gemordet werden sollten. Genau wie heute in Rußland. Gewehre in den Händen solcher Menschen waren eine Gefahr für die Arbeiterklasse selbst. Sie konnte, weil zum größten Teil geistig unteuf, den Sieg nicht nutzen. Wäre es nicht gelungen, den Bürgerkrieg schnellstens zu beenden, so hätten wir sehr wahrscheinlich den Faschismus bekommen, wenn nicht gar der Bestand des Reiches gefährdet war. Mitunter bricht diese Erkenntnis auch beim Verfasser durch, ohne sie beizubehalten. Seine Schlussfolgerungen sind nicht einseitig. Die Darstellung wird unferes Erachtens den gegebenen Notwendigkeiten nicht ganz gerecht.

Der 5. Band des „Großen Brockhans“ erscheint Ende März. Wie wir soeben erfahren, wird der 5. Band des größten volkstümlichen deutschen Nachschlagewerks Ende März ausgeliefert werden. Es ist erfreulich, daß der Verlag die seinerzeit angehängte und für ein so schwer durchzuführendes Unternehmen überraschend schnelle Erscheinungsweise pünktlich einhalten kann. Der „Große Brockhans“, der mit dem neuen Band bis zum Buchstaben E fortgeschrieben sein wird, wird für ein Menschenalter seine Dienste als gewissenhafter Berater des Menschen von heute erfüllen — die schnelle Folge des Erscheinens ist daher von nicht zu unterschätzendem Wert für alle Bezieher und solche, die es noch werden wollen. Wir werden den neuen Band nach Erscheinen an dieser Stelle besprechen.